E&C eundc.de

Entwicklung und Chancen
junger Menschen
in sozialen Brennpunkten

Expertengespräch

Demographische Entwicklungen und ihre Auswirkung auf die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten/Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf

Dokumentation zur Veranstaltung
vom 18. September 2001

Stiftung SPI

Im Auftrag des:
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“
Nazarethkirchstraße 51
13 347 Berlin
Telefon 030. 457 989 – 0
Telefax 030. 457 986 – 50
Internet: http://www.eundc.de
Email: regiestelle@eundc.de

Ansprechpartner:
Rainer Schwarz

Layout:
monteVideo Mediadesign

Redaktion:
Rainer Schwarz

Inhalt:

4 Rainer Schwarz
Vorwort

5 Rose-Elisabeth Herden
Entwicklungen, Tendenzen und Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in sozialen Brennpunkten und ihre Auswirkungen auf die Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien

21 Kamran Ardalan, Dr. Ingo Gottschalk, Karen Vollmann
Szenario Abwanderung – Alterung – Stadtumbau am Beispiel des Magdeburger Stadtteils Neustädter Feld

32 Lothar Stock
Szenario Soziale Entmischung in unterprivilegierten Stadtteilen. Community Organizing – die Lösung aus Wild West für familienfreundliche Groß- und Kleinstädte?

36 Reinhard Fischer, Quartiersmanagement Soldiner Straße
Szenario ethnischer Segregation – Jung-Istanbul im Kiez ?

38 Teilnehmerliste

Rainer Schwarz, Regiestelle E&C Berlin

Vorwort

Demographische Veränderungen wie geringere Geburtenrate, höhere Lebensdauer, Zu- und Abwanderung wirken bestimmend in wichtige gesellschaftliche Bereiche hinein. Sie definieren Problemlagen bzw. Perspektiven insbesondere makropolitschen Ausmaßes. Betroffen sind sowohl soziale Sicherungssysteme, Steueraufkommen und der Arbeitsmarkt aber auch „weiche" gesellschaftliche Bereiche wie Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales.

So synchron sich diese Tendenzen auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen auswirken, so unterschiedlich und teils entgegengesetzt sind die Auswirkungen im mikropolitischen Kosmos. In Regionen, Städten und Gemeinden, Stadtteilen und Kiezen sind unter anderem Jugendhilfe, kommunales Sozialwesen, Stadt- und Infrastrukturentwicklung durch demographisch begründete Konzentrations- oder Ausdünnungsprozesse bestimmt. Häufig verbieten sich eindimensionale Wirkungserklärungen wie etwa: Bevölkerungsrückgang gleich Rückgang des Jugendhilfebedarfs oder Bevölkerungskonzentration gleich Anstieg des Steueraufkommens, jedoch ist der kausale oder katalysierende Einfluss demographischer Entwicklungen auf die Veränderungsprozesse im Gemeinwesen unbestritten. In Abhängigkeit von regionalen Besonderheiten wie Größe und Struktur der Stadt / Gemeinde, Wirtschaft, Infrastruktur und historischen Bezüge wirken sich demographische Bewegungen unterschiedlich, teils gegensätzlich aus.

Die Dokumentation des Expertengesprächs beinhaltet auf der einen Seite eine Darstellung der wichtigsten demographische Eckdaten, Entwicklungen und Prognosen für Deutschland (insbesondere im Beitrag von Frau Dr. Herden) sowie Ausführungen zu drei typischen Entwicklungsszenarien von Stadtteilen des Programms E&C und Soziale Stadt. Ausgehend von der Feststellung, dass soziale Brennpunkte aufgrund ihrer geringen sozialen Bindungsfähigkeit und Dynamik im besonderen Maß den Auswirkungen solcher Prozesse unterliegen, wurden drei der durch demographische Prozesse verursachten und in E&C-Gebieten beschleunigt ablaufenden Entwicklungen typologisiert:

(1) Abwanderung und Leerzug insbesondere in Plattengroßsiedlungen in mittleren und großen Städten Ostdeutschlands,
(2) ethnische Konzentration, Verjüngung der Bevölkerungsstruktur und große Kinderzahl insbesondere in Innenstadtkiezen von westdeutschen Großstädten und
(3) soziale Entmischung insbesondere in unattraktiven Wohnvierteln mittlerer und kleinerer Städte mit durchschnittlicher Prosperität.

Die jeweiligen sozialstrukturellen Veränderungen greifen massiv in die Gestaltung der Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen ein (Freizeit, Bildung und Ausbildung, Konflikt- und Gewaltpotential, Verfügbarkeit öffentlichen Raums etc.). Das hier dokumentierte Expert/innengespräch nimmt diese Entwicklungen in den Diskurs und prüft ihre Relevanz für die Gestaltung von jugendlichen Lebenswelten durch Jugendhilfe(-planung) und Stadtentwicklung sowie Quartiersmanagement.

Dr. Rose-Elisabeth Herden,
Humboldt-Universität zu Berlin

Entwicklungen, Tendenzen und Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in sozialen Brennpunkten und ihre Auswirkungen auf die Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien

Einleitung

Das Thema dieses Beitrags könnte man eigentlich auch in umgekehrter Reihenfolge formulieren, und zwar: Welche Auswirkungen haben die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen von heute auf die demographische Entwicklung von morgen? D.h. welche Haltungen und Vorstellungen entwickeln Kinder und Jugendliche aufgrund ihrer Erfahrungen mit ihrem sozialen Umfeld im Hinblick auf eigene spätere Familienbildung? Werden sie ein Leben in der Partnerschaft und mit Kindern für erstrebenswert halten oder werden sie eher den Zwängen des Arbeitsmarktes und den Optionen der Konsum- und Freizeitgesellschaft folgen und sich für ein Leben ohne Kinder entscheiden? Davon wird abhängen, ob der sich in allen Industrieländern und nicht zuletzt in Deutschland vollziehende Trend zu immer geringeren Kinderzahlen pro Frau bzw. Familie und zu einem wachsenden Anteil von überhaupt kinderlosen Frauen bzw. Paaren anhält und damit auch der Trend zur sog. „Vergreisung" unserer Bevölkerungen. Denn die Bevölkerung altert, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

Aus Tabelle 1 wird ersichtlich, dass die älteste Bevölkerung der Welt in Europa lebt. Der durchschnittliche Europäer ist heute ca. 38 Jahre alt und somit rd. 20 Jahre älter als der durchschnittliche Afrikaner. Hintergrund dieser Differenz ist die unterschiedliche Altersstruktur der Bevölkerungen beider Kontinente. Während in Europa gegenwärtig der Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung 18 Prozent beträgt, beläuft er sich in Afrika auf 43 Prozent! Im Gegensatz dazu beträgt der Anteil der Bevölkerung, die 60 Jahre und älter ist, in Europa gegenwärtig rd. 20 Prozent, in Afrika dagegen nur ca. 4 Prozent. Bis zum Jahre 2050 wird – aktuellen Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge – der Anteil der Kinder in Europa auf 14 Prozent zurückgehen, der Anteil der über 60jährigen wird auf 37 Prozent ansteigen. In Afrika werden die Anteile dann 28 Prozent bei den Kindern und 10 Prozent bei den über 60-Jährigen betragen.

Auch die Bevölkerung in Deutschland altert. Der durchschnittliche Deutsche ist heute bereits 40 Jahre alt und somit um zwei Jahre älter als der durchschnittliche Europäer. Im Jahr 2050 wird die Hälfte der Einwohner Deutschlands älter als 50 Jahre sein.

Dabei hatte die Bevölkerung Deutschlands, wie Tabelle 2 zeigt, durchaus einmal eine junge Altersstruktur. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts (1910) hatten die Kinder einen Anteil von 34 Prozent an der Gesamtbevölkerung; die über

Tabelle 1: Durchschnittsalter (Median) der Bevölkerung in der Welt und in ausgewählten Regionen

Region	1960	1980	2000	2010	2020	2050
Welt	22,8	22,7	26,5	28,6	30,9	36,2
Industrieländer	29,6	31,9	37,4	40,4	42,9	46,4
Entwicklungsländer	20,2	20,1	24,3	26,4	28,9	35,0
Afrika	18,3	17,5	18,4	19,2	20,4	27,4
Asien	21,0	21,2	26,2	28,7	31,6	38,3
Europa	**30,4**	**32,7**	**37,7**	**41,0**	**44,0**	**49,5**
Osteuropa	**28,2**	**31,6**	**36,5**	**38,9**	**42,1**	**49,6**
Nordeuropa	**34,3**	**34,2**	**37,7**	**41,2**	**43,8**	**47,3**
Südeuropa	**29,5**	**31,8**	**38,2**	**42,2**	**46,3**	**52,2**
Westeuropa	**33,7**	**34,3**	**39,0**	**42,8**	**45,7**	**48,5**
Österreich	35,4	34,7	38,4	43,3	47,7	53,7
Belgien	35,2	34,2	39,1	42,7	45,4	48,7
Frankreich	33,0	32,5	37,6	40,3	42,5	45,2
Deutschland	**34,7**	**36,4**	**40,1**	**44,4**	**47,9**	**50,9**
Luxemburg	35,2	34,8	37,7	39,2	39,1	40,0
Niederlande	28,7	31,3	37,7	41,6	44,8	46,9
Schweiz	32,5	34,8	40,2	45,1	48,9	52,0
Lateinamerika	19,1	19,7	24,4	27,6	30,7	37,8
Nordamerika	29,3	30,0	35,6	37,7	39,0	41,0
Ozeanien	26,4	26,6	30,9	32,7	34,3	38,1

Quelle: United Nations Population Division: World Population Prospects. The 2000 Revision. New York 2001

Tabelle 2: Deutschland: Durchschnittsalter und Anteile ausgewählter Altersgruppen an der Bevölkerung insg.(in %)

Jahr	0 bis unter 15	15 bis unter 60	60 und älter	Bevölkerung insgesamt	Durchschnitts-alter(Median)
1910[1)]	34,1	58,7	7,2	64.922.693	23,6
1955[2)]	21,2	64,0	14,9	68.150.332	34,3
1980[2)]	18,2	62,4	19,4	78.398.238	36,7
1999	16,1	62,5	21,4	82.163.475	39,8
2010[3)]	13,1	60,7	26,2	80.970.000	44,6
2020[3)]	12,1	57,1	30,8	78.370.000	48,5
2050[3)]	10,8	49,3	39,9	60.110.000	52,6

Anmerkungen:[1)] Deutsches Reich, [2)] Bevölkerungszahlen DDR und BRD zusammengefasst,[3)] Vorausschätzungen des DIW (Wanderungen Variante 1)
Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: DIW Wochenbericht 42/99

60-Jährigen dagegen nur einen Anteil von rd. 7 Prozent. Das Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung betrug damals 23,6 Jahre – eine demographische Situation also, wie wir sie heute nur noch in Entwicklungsländern finden. Bis zum Ende des Jahrhunderts (1999) hatte sich der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung mehr als halbiert; der Anteil der über 60-Jährigen hatte sich verdreifacht. Das Durchschnittsalter war auf rd. 40 Jahre angestiegen.

1. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Auf die Entwicklung der Einwohnerzahl und der Bevölkerungsstruktur eines Landes haben vier Komponenten Einfluss: die Geburten und die Sterbefälle (natürliche Bevölkerungsbewegung) sowie die Zuzüge und die Fortzüge (räumliche Bevölkerungsbewegung, Migration). Diese Komponenten haben sich auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland in den vergangenen fünfzig Jahren unterschiedlich ausgewirkt, und zwar nicht nur in Deutschland insgesamt, sondern insbesondere auch in den beiden Teilgebieten Ostdeutschland (ehemalige DDR) und Westdeutschland (früheres Bundesgebiet).

In Ostdeutschland reduzierte sich die Einwohnerzahl im Beobachtungszeitraum von 18,7 Mio. (1949) auf 15,2 Mio (1999) . Dies bedeutet einen Bevölkerungsverlust von rd. 3,5 Mio. In Westdeutschland wuchs die Einwohnerzahl von 49,3 Mio (1949) auf 66,9 Mio (1999). Das ergibt einen Bevölkerungsgewinn von 17,6 Mio. (s. Tab. 3).

Der Bevölkerungsverlust in Ostdeutschland ist eingetreten, obwohl im Untersuchungszeitraum ein Lebendgeborenenüberschuss von rd. 220.000 Personen zu verzeichnen ist. Die rückläufige Einwohnerzahl Ostdeutschlands ist folglich ein Ergebnis der starken Abwanderung, vor allem von Ostdeutschland nach Westdeutschland.

In Westdeutschland wuchs die Bevölkerung im Beobachtungszeitraum um rd. 17,6 Mio Menschen, obwohl der Lebendgeborenenüberschuss nur rd. 4,5 Mio ausmachte. Der „große Rest“ des Zuwachses resultiert aus der Zuwanderung von Ausländern, Aussiedlern und Ostdeutschen.

1.1. Geburtenentwicklung und Fertilität

Geburten und Sterbefälle bestimmen die natürliche Bevölkerungsbewegung, die durch einen Geburten- oder durch einen Sterbefallüberschuss charakterisiert ist. Dies ergibt ein positives oder negatives natürliches Wachstum der Bevölkerung.

In beiden Teilen Deutschlands kam es in der Nachkriegszeit zu einem Baby-Boom (s. Abb. 1 und Abb. 2). Bis zur Mitte der 60er Jahre war

Tabelle 3: Deutschland – Veränderung der Einwohnerzahlen und Geburtensaldo, 1949-1999

Zeitraum	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Veränderung der Einwohnerzahl	Lebendgeborenen (+) - bzw. Sterbefall (-) -überschuss		
1949-1959	-1.507.098	739.360	5.808.400	2.693.094
1960-1969	-211.398	463.135	6.071.200	3.344.596
1970-1979	-334.180	-237.128	244.700	-780.875
1980-1989	-306.524	51.240	1.239.700	-787.827
1990-1999	-1.216.500	-792.643	4.269.200	12.443
Gesamtveränderung1949-1999	-3.575.700	223.964	17.633.200	4.481.431

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

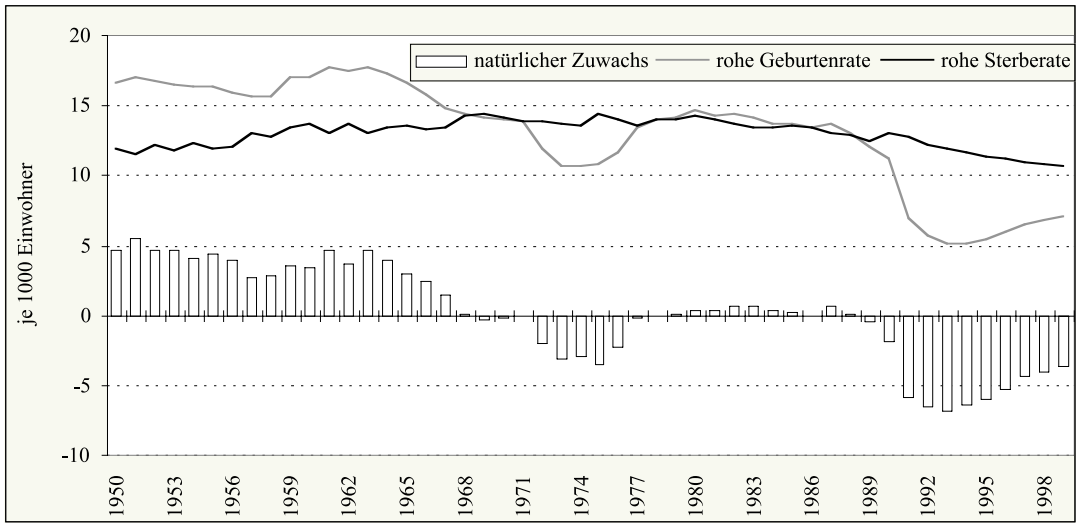


Abbildung 1: Ostdeutschland: natürliches Bevölkerungswachstum 1950-1999
Quelle: Statistisches Bundesamt

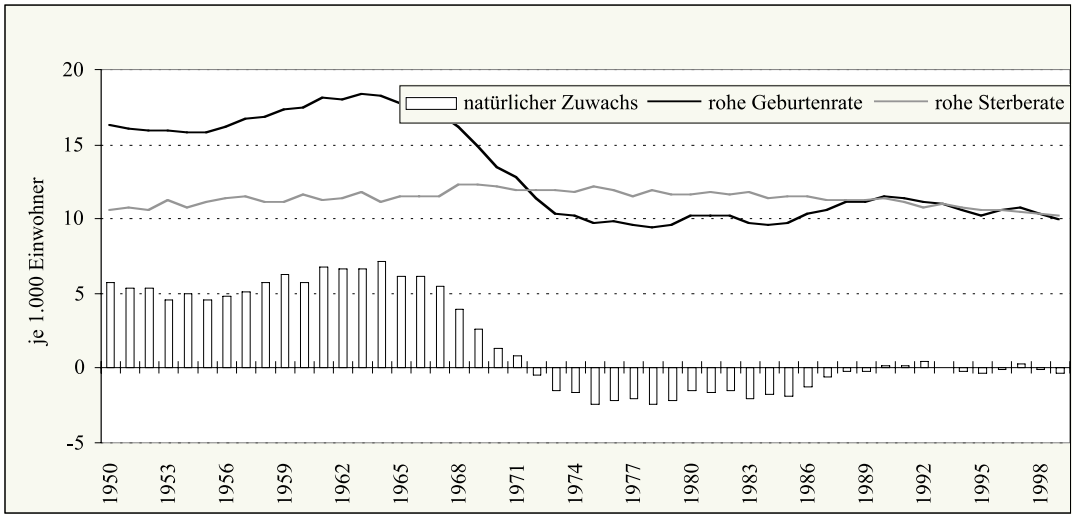


Abbildung 2: Westdeutschland: natürliches Bevölkerungswachstum, 1950-1999
Quelle: Statistisches Bundesamt

die Entwicklung sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland durch Geburtenraten (= Lebendgeborene pro 1.000 Einwohner) mit Werten zwischen 16 und 18 pro Tausend gekennzeichnet. Die hohe Zahl an Lebendgeborenen überstieg die wachsende Zahl an Sterbefällen.

Ab Mitte der 60er Jahre setzte in beiden Teilen Deutschlands ein rascher Rückgang der Geburten ein, der vor allem durch einen Rückgang der Fertilität, d.h. der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau bzw. pro Familie (= zusammengefasste Geburtenziffer), verursacht wurde (s. Tab. 4).

In der DDR wurde in der ersten Hälfte der 70er Jahre ein Bündel bevölkerungs-, familien- und sozialpolitischer Maßnahmen verabschiedet, das ab 1975 zu einem raschen Wiederanstieg der Geburtenraten sowie der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau auf knapp unter 2 führte. Allerdings dürfte dieser Anstieg zum Teil durch vorgezogene Geburten verursacht worden sein, denn ab 1981 sank die Fertilität auch in Ostdeutschland wieder ab (s. Tab. 4).

In der Bundesrepublik wurden – anders als in der DDR – keine gezielten geburtenfördernden Maßnahmen eingesetzt. Die Geburtenraten sanken kontinuierlich weiter, und die Fertilität erreichte in Westdeutschland 1985 mit 1,28 Kindern pro Frau ihren niedrigsten Wert. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre setzte eine Zunahme der Geborenenzahlen ein; die Fertilität stieg auf 1,45 Kinder pro Frau (1990). Seither zeigen die Geburtenzahlen Westdeutschlands wieder eine sinkende Tendenz.

In Ostdeutschland kam es nach 1989/90 als Reaktion auf die gravierenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformationen, die sich seit der Wende und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik vollzogen, zu einem dramatischen „Einbruch" der Geborenenzahlen. Zwischen 1990 und 1993 reduzierten sich die Geburtenrate auf weniger als die Hälfte und die zusammengefasste Geburtenziffer auf etwa

die Hälfte ihres Ausgangswertes. Seit 1995 gibt es wieder steigende Geborenenzahlen.

Die Fertilität in Deutschland ist inzwischen unter das Bestandserhaltungsniveau der Bevölkerung abgesunken. 1998 wurden in Ostdeutschland nur noch 52 % des Bestandserhaltungsniveaus erreicht, in Westdeutschland 68% und in Deutschland insgesamt 65 %.

Tabelle 4:
Zusammengefasste Geburtenziffern 1950 -1999

Jahr	Westdeutschland	Ostdeutschland
1950	2,09	2,37
1960	2,36	2,32
1970	2,01	2,23
1975	1,44	1,54
1980	1,44	1,94
1985	1,28	1,73
1990	1,45	1,52
1991	1,42	0,98
1992	1,40	0,83
1993	1,39	0,78
1994	1,35	0,77
1995	1,34	0,84
1996	1,40	0,95
1997	1,44	1,04
1998	1,41	1,09
1999	1,40	1,15

Quelle: Statistisches Bundesamt

1.2. Sterblichkeit

Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland lassen sich auch bei der Entwickung der Sterblichkeit feststellen. Allerdings sind diese Differenzen weit weniger ausgeprägt als die Unterschiede bei der Geburtenentwicklung. Die rohen Sterberaten (= Gestorbene pro 1.000 Einwohner) stiegen in beiden Teilen Deutschlands von 1950 bis Mitte der 70er Jahre deutlich an. Ursache dieser Entwicklung war der zunehmende Anteil älterer Personen an der Gesamtbevölkerung. Ab Mitte der 70er Jahre verzeichneten Ostdeutschland und Westdeutschland sinkende Sterberaten; der Rückgang war im Osten etwas stärker. 1999 waren die rohen Sterberaten in Ostdeutschland noch geringfügig höher als die entsprechenden Werte im Westen des Bundesgebietes.

Wichtigste Kennziffer zur Beurteilung der Sterblichkeitsverhältnisse, unabhängig von der jeweiligen Altersstruktur, ist die Lebenserwartung (s. Tab. 5). Die Tabelle zeigt, dass zwischen 1950 und 1999 der Zuwachs an Lebenserwartung in Deutschland je nach Geschlecht und Landesteil zwischen +9,1 und +12,2 Jahren betrug. Die Unterschiede im Sterblichkeitsniveau zwischen beiden Teilen Deutschlands, die in der ersten Hälfte der 90er Jahre noch auffallend waren, haben sich seither reduziert. Günstig entwickelte sich in beiden Teilen Deutschlands die Säuglingssterblichkeit. Sie ging von einem nachkriegsbedingt sehr hohen Niveau (1950 Ost: 73, West: 55 gestorbene Säuglinge auf 1000 Lebendgeborene) auf 4,5 pro 1000 Lebendgeborene (1999) zurück. Damit gehört Deutschland heute zur internationalen Spitzengruppe.

Tabelle 5: Durchschnittliche Lebenserwartung Neugeborener nach Geschlecht (in Jahren)

Zeitraum	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1950	64,6	68,5	63,9	67,9
1960	66,9	72,4	66,5	71,4
1970	67,4	73,8	68,1	73,3
1980	70,0	76,7	68,7	74,6
1984/86	71,5	78,1	69,5	75,4
1985/87	71,8	78,4	69,5	75,5
1986/88	72,1	78,7	69,7	75,7
1987/89	72,4	78,9	69,9	76,0
1988/90	72,6	79,0	70,0	76,2
1989/91	72,7	79,1	....	....
1990/92	72,9	79,3	....	....
1991/93	73,1	79,5	69,9	77,2
1992/94	73,4	79,7	70,3	77,7
1993/95	73,5	79,8	70,7	78,2
1994/96	73,8	80,0	71,2	78,6
1995/97	74,1	80,2	71,8	79,0
1996/98	74,4	80,5	72,4	79,5
1997/99	74,8	80,7	73,0	80,0
Zuwachs 1950-1999	10,2	12,2	9,1	12,1

Quelle: Statistisches Bundesamt

1.3. Wanderungen

Die Migrationsgeschichte Deutschlands war und ist seit 1949 durch ganz unterschiedliche Wanderungen geprägt: durch Flüchtlinge und Vertriebene der unmittelbaren Nachkriegszeit, durch die Migration zwischen Ost- und Westdeutschland (Übersiedler), durch die Zu- und Abwanderung von Ausländern (Arbeitsmigranten, Familienangehörige, Asylbewerber) und durch die Zuwanderung von Aussiedlern.

Den größten Zuwanderungsstrom erlebte das Gebiet des heutigen Deutschland am Ende des Zweiten Weltkriegs und in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch die Zuwanderung von fast 12 Mio. Ostflüchtlingen und Vertriebenen.

Nach 1950 erfolgte die Zuwanderung von Aussiedlern, die 1990 nach dem Fall der Ausreisebeschränkungen in Ostmittel- und Osteuropa mit 397.000 Personen ihren Höhepunkt erreichte. Danach beschränkte Deutschland den Zuzug. Seither dürfen (mit wenigen Ausnahmen) nur noch Aussiedler aus den GUS-Staaten zuwandern. Insgesamt betrug der Wanderungsgewinn durch Aussiedlerzuwanderung im Zeitraum 1950-1998 für Deutschland rd. 3,9 Mio. Personen.

Neben der Wanderung von Personen deutscher Herkunft spielt seit den 50er Jahren vor allem die Migration von Ausländern für Deutschland quantitativ eine große Rolle. Nach dem Bau der Berliner Mauer, als der Strom der Übersiedler aus der DDR abriss, setzte die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in größerem Umfang ein. 1973 lebten fast 4 Mio. Ausländer in Westdeutschland.

In der Rezession der Jahre 1974/75 kam es zu einem Anwerbestopp und zu einem Rückgang der Zuzüge sowie zu einem Anstieg der Fortzüge. Überdies versuchte die Bundesregierung, die Rückkehr von Arbeitsmigranten in ihre Herkunftsländer durch finanzielle Anreize zu fördern. Tatsächlich wanderten in den Jahren 1982-84 per Saldo 470.000 Ausländer ab. 1985-87 war der Wanderungssaldo der Ausländer hingegen wieder positiv. Insgesamt verschoben sich die Wanderungen von der Arbeitsmigration zur Familienzusammenführung.

Ab 1988 kam es zu einer neuen Welle der Zuwanderung von Ausländern, die zum Teil auf einem Anstieg der Asylbewerber beruhte. Fast 1,9 Mio. Menschen – vorwiegend aus der östlichen Hälfte Europas, vom Balkan und aus der Türkei – suchten im Zeitraum von 1988 bis 1998 um politisches Asyl an.

Insgesamt registrierte die Wanderungsstatistik zwischen 1954 und 1999 25,2 Mio. Zuzüge von Ausländern nach Deutschland. Im gleichen Zeitraum verließen 18,6 Mio. Ausländer die Bundesrepublik. Der Wanderungsgewinn betrug somit 6,6 Mio. Personen. Die Abwanderung aus der DDR in die BRD erreichte einen ersten Höhepunkt in den 50er Jahren, als im Durchschnitt jährlich mehr als 330 000 Menschen die DDR verließen (s. Abb. 3)

Insgesamt übersiedelten zwischen 1950 und 1961 rd. 3,8 Millionen Personen aus der DDR in den Westen, aber nur 400.000 Personen aus der Bundesrepublik in die DDR. Nach dem Bau der Mauer reduzierte sich die Abwanderung aus Ostdeutschland stark; sie kam aber nie ganz zum Erliegen.

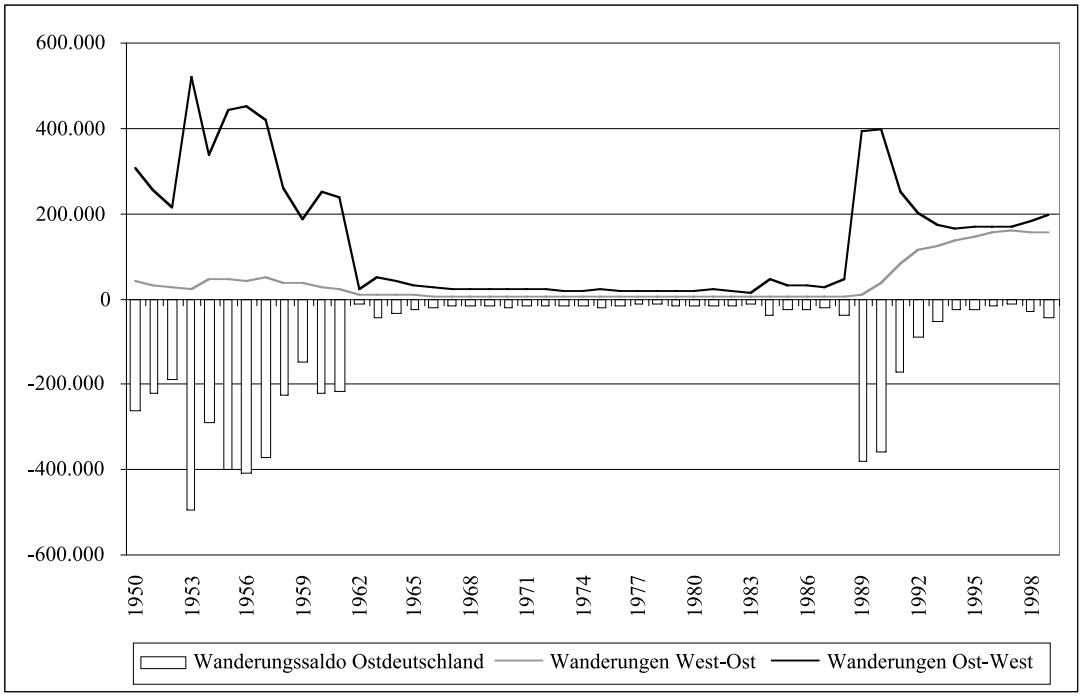


Abbildung 3: Wanderungen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland, 1950-1999
Quelle: Statistisches Bundesamt

Ab 1984 nahm die Abwanderung wieder deutlich zu. Sie erreichte 1989/90 ihren Höhepunkt, als 388.000 bzw. 395.000 Menschen die DDR verließen. Danach reduzierte sich der Wanderungssaldo zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland stetig. Er war 1997 fast ausgeglichen. Seither hat die Nettoabwanderung aus Ostdeutschland wieder zugenommen, und zwar auf rd. 31.000 in 1998 und auf rd. 44.000 in 1999. Insgesamt wanderten im Zeitraum 1950-1999 rd. 6,9 Mio. Ostdeutsche nach Westdeutschland. Von West- nach Ostdeutschland wanderten im selben Zeitraum etwa 1,7 Mio. Personen.

In den Jahren 1991 bis 1999 zogen rd. 1,66 Mio. Menschen von Ostdeutschland nach Westdeutschland und rd. 1,20 Millionen Menschen von Westdeutschland nach Ostdeutschland. D.h. Ostdeutschland (einschl. Ostberlin) verlor im genannten Zeitraum rd. 462.000 Menschen durch Abwanderung in das frühere Bundesgebiet. Damit hat die Abwanderung am Bevölkerungsverlust Ostdeutschlands in den 90er Jahren einen Anteil von rd. 38 Prozent. Der überwiegende Anteil am Bevölkerungsverlust ist mit 62 Prozent auf den Sterbefallüberschuss zurückzuführen! Dennoch hat die Abwanderung über die bloße Reduzierung der Einwohnerzahl hinaus weitreichende Folgen für die aktuelle und zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Dies wird deutlich, wenn man sich die Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland nach Altergruppen gegliedert anschaut (s. Abb. 4)

Die Abbildung zeigt, dass die größten Wanderungsverluste für Ostdeutschland bei den jungen Altersgruppen der 18- bis unter 25-Jährigen und bei den unter 18-Jährigen festzustellen sind. Genau dies sind aber die Altersgruppen, die gegenwärtig und zukünftig für die Geburt von Kindern wichtig sind. D.h. Ostdeutschland verliert durch die Abwanderung gegenwärtig nicht nur in erheblichem Maße junge Menschen, was den Alterungsprozess der ostdeutschen Bevölkerung beschleunigt, sondern durch eben diese altersselektive Abwanderung wird Ostdeutschland reproduktives Potenzial entzogen. Dies muss sich ganz zweifellos auf die Entwicklung der Geborenenzahlen negativ auswirken. Dieser nachteilige Effekt ist bereits seit der Mitte der 90er Jahre bei der Geschlechtsproportion (= Anzahl der Frauen je 1.000 Männer) in Ostdeutschland sichtbar geworden (s. Abb. 5).

Während der Kurvenverlauf für Ostdeutschland im Jahr 1990 bis zur Altersgruppe der ca. 50-Jährigen noch fast deckungsgleich mit der Geschlechtsproportion Westdeutschlands verlief, zeigt der Kurvenverlauf für Ostdeutschland im Jahr 1999 in der Gruppe der 18- bis ca. 35-Jährigen einen unterdurchschnittlich niedrigen Anteil an jungen Frauen. D.h. die Abwanderung wirkt nicht nur altersselektiv, sondern auch geschlechtsselektiv, indem sie die Anzahl der jungen Frauen stärker reduziert als die Anzahl der jungen Männer und sich somit auch in dieser Hinsicht auf das reproduktive Potenzial in Ostdeutschland negativ auswirkt.

Die bisher für Deutschland insgesamt und für die beiden Teilgebiete Westdeutschland und Ostdeutschland dargestellte Bevölkerungsentwicklung findet ihre Widerspiegelung bei der Betrachtung kleinräumiger Bevölkerungsentwicklung. Gleichzeitig wird bei einer solchen

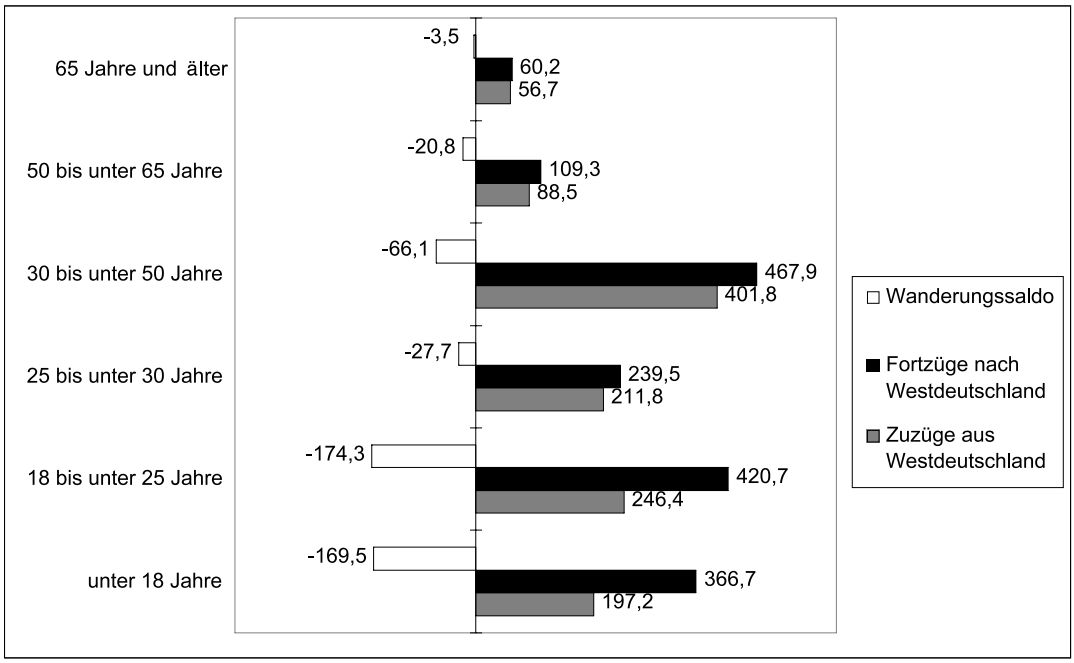


Abbildung 4: Wanderungen zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland, gegliedert nach Altersgruppen (Summe der Jahre 1991 bis 1999, in 1000 Personen), Quelle: Roloff, Juliane 2001

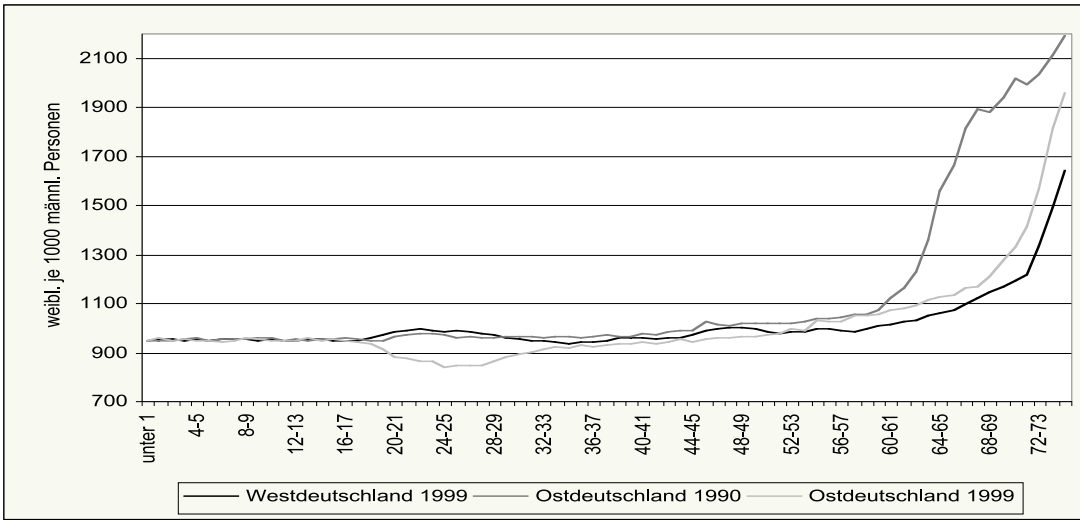


Abbildung 5: Geschlechtsproportion in Westdeutschland 1999 und in Ostdeutschland 1990 und 1999
Quelle: Statistisches Bundesamt

Betrachtung aber auch deutlich, wie unterschiedlich der Einfluss von Geburten, Sterbefällen und Wanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung in kleineren Räumen sein kann. Diese Unterschiede sollen hier am Beispiel einer westdeutschen Großstadt und eines ehemaligen Industriestandortes in Ostdeutschland dargestellt werden.

2. Die Bevölkerungsentwicklung in einer westdeutschen Großstadt: die Freie und Hansestadt Hamburg

Hamburg ist ein starker Wirtschaftsstandort im Norden Deutschlands, dessen Angebot an Arbeitsplätzen nicht nur für die Einwohner Hamburgs von Interesse ist, sondern auch für Arbeitskräfte aus dem Umland und aus anderen Bundesländern. Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln hatte Hamburg Mitte der 90er Jahre den höchsten Einpendler-Überschuss aller Bundesländer.

2.1. Die Entwicklung der Einwohnerzahl

Die Entwicklung von Hamburgs Einwohnerzahl ist in den vergangenen dreißig Jahren durch ein Auf und Ab gekennzeichnet. Sie sank von 1,793 Mio. im Jahre 1970 bis auf. 1,571 Mio. im Jahre 1986. Danach erfolgte ein Anstieg der Bevölkerungszahl bis auf 1,708 Mio. in den Jahren 1995 und 1996. 1997 und 1998 war erneut ein leichter Rückgang zu verzeichnen; 1999 betrug die Einwohnerzahl 1,704 Mio. (s. Abb. 6).

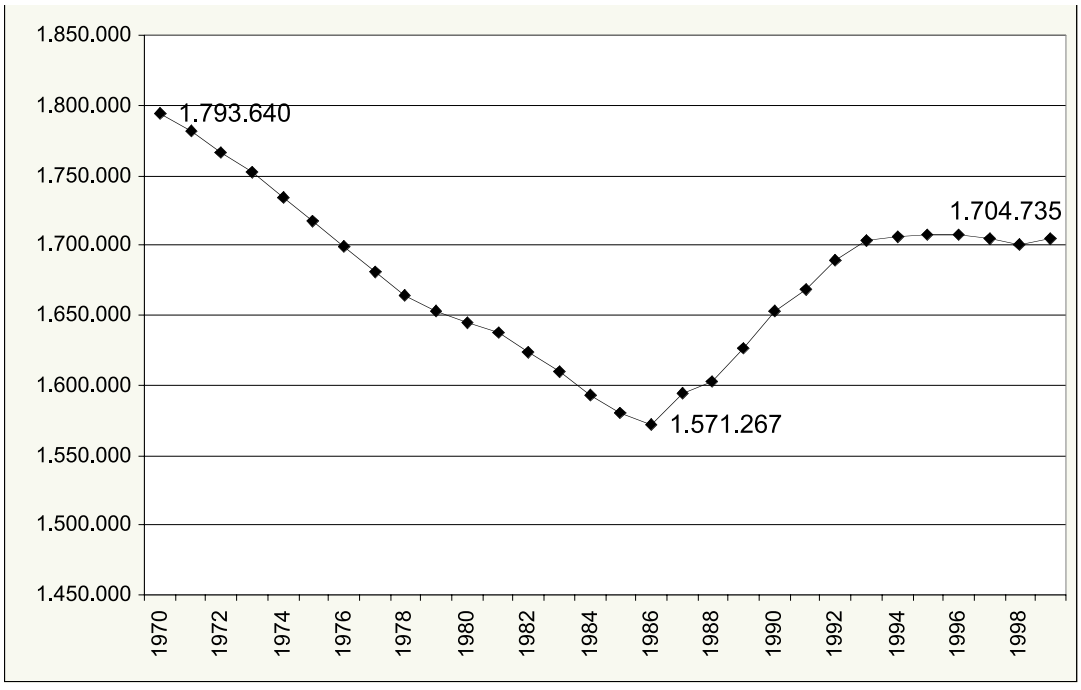


Abbildung 6: Hamburg: Entwicklung der Einwohnerzahl, 1970-1999
Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg

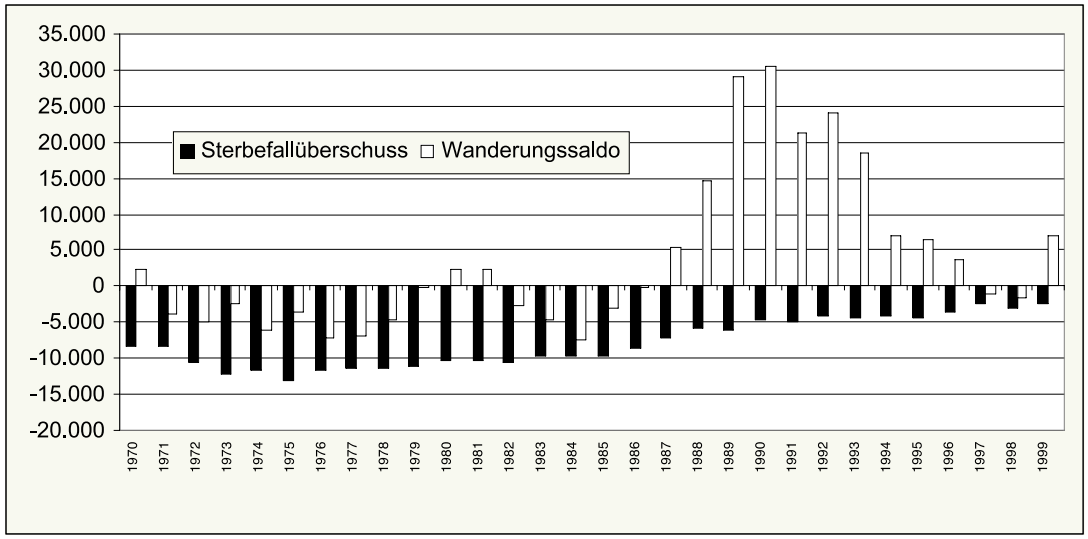


Abbildung 7: Hamburg: Salden aus natürlicher und räumlicher Bevölkerungsbewegung, 1970-1999
Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg

Die Bewegung der Einwohnerzahl Hamburgs wird bei einem durchgehend negativen natürlichen Saldo (= Sterbefallüberschuss) ganz entscheidend von der Wanderung beeinflusst (s. Abb. 7). In den Jahren 1971 bis 1979 rief die Verbindung aus negativem Wanderungssaldo und Sterbefallüberschuss den raschen Schwund der Einwohnerzahl hervor. 1980 und 1981 konnte der leicht positive Wanderungssaldo den hohen Sterbefallüberschuss nicht kompensieren. Erst ab 1987 führten die hohen positiven Wanderungssalden in Verbindung mit dem geringer werden Sterbefallüberschuss zu einem Anstieg der Einwohnerzahl.

Hamburg hat mit 15,2 Prozent (1998) einen überdurchschnittlich hohen Anteil an ausländischer Bevölkerung (Bundesdurchschnitt = 8,9 Prozent). Die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung ist deutlich jünger als die der deutschen Bevölkerung (s. Tab. 6). Während die Kinder an der deutschen Bevölkerung nur noch einen Anteil von knapp 13 Prozent haben (Bundesdurchschnitt = 16%), liegt ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung bei rd. 19 Prozent. Im Gegensatz dazu sind 26 Prozent der deutschen Bevölkerung älter als 60 Jahre (Bundesdurchschnitt = 21%), bei der ausländischen Bevölkerung sind es dagegen nur knapp 7 Prozent. Entsprechend unterschiedlich fällt das Durchschnittsalter beider Bevölkerungsgruppen aus. Während die deutsche Bevölkerung mit rd. 42 Jahren eindeutig überaltert ist, ist die ausländische Bevölkerung rd. 11 Jahre jünger.

Tabelle 6: Hamburg: Altersstruktur (Anteile in Prozent) und Durchschnittsalter der deutschen und der ausländischen Bevölkerung 1998

Altersgruppe	Bevölkerung insgesamt	Deutsche Bevölkerung	Ausländische Bevölkerung
0- 15	13,5	12,5	18,8
15- 60	63,4	61,4	74,6
60 u. älter	23,1	26,0	6,6
Durchschnittsalter	39,7	41,6	30,7

Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg

2.2. Die natürliche Bevölkerungsbewegung

Wie bereits aus Abb. 7 ersichtlich, wird die natürliche Bevölkerungsbewegung Hamburgs im gesamten Beobachtungszeitraum durch einen Sterbefallüberschuss charakterisiert. D.h. die Absolutzahl der Geborenen war durchweg geringer als die Anzahl der Sterbefälle (s. Abb. 8).

Zu dieser ungünstigen Entwicklung tragen zwei Faktoren bei: die Hamburger Sterbeziffern waren im gesamten Beobachtungszeitraum höher als die des früheren Bundesgebietes, und die Hamburger Geburtenziffern lagen deutlich unter denen des früheren Bundesgebietes (s. Tab. 7).

Dabei sind die höheren Sterbeziffern Hamburgs eindeutig auf die ungünstige Altersstruktur, d.h. den hohen Anteil an über 60jährigen Personen zurückzuführen. Die durchschnittliche Lebenserwartung in Hamburg lag nach der Sterbetafel 1986/88 (der letzten für Hamburg aufgestellten Berechnung) mit 71,8 Jahren für männliche Personen und 78,5 Jahren für weibliche Personen (Hußing 2000a) durchaus auf dem Niveau des früheren Bundesgebietes (vgl. Tab. 5).

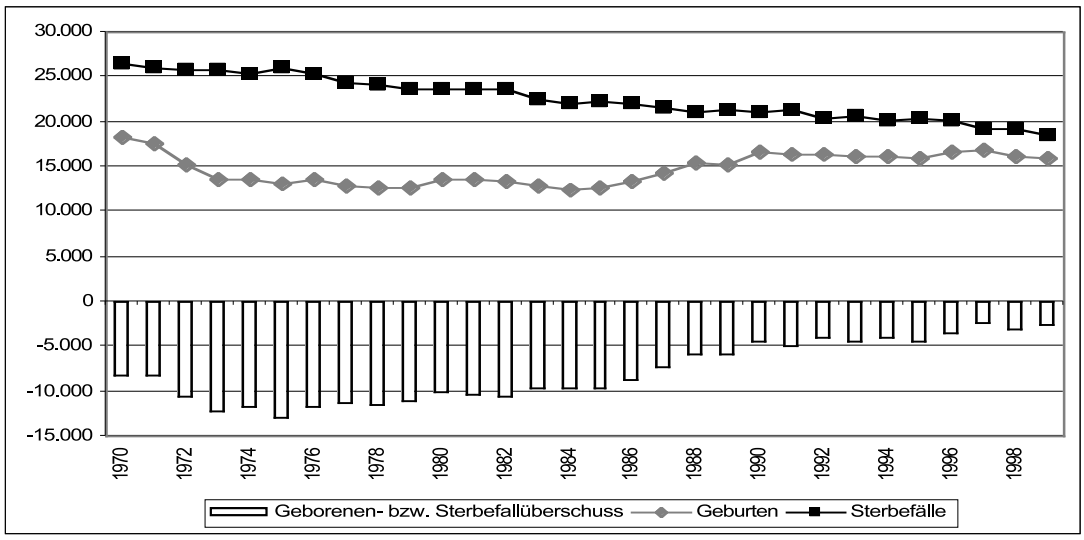


Abbildung 8: Hamburg: natürliche Bevölkerungsbewegung, 1970-1999
Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg

Tabelle 7: Hamburg und früheres Bundesgebiet: Geburtenziffern und Sterbeziffern im Vergleich

Jahr	Geburtenziffern		Sterbeziffern	
	Hamburg	früheres Bundes-gebiet	Hamburg	früheres Bundes-gebiet
1950	10,9	16,2	10,5	10,5
1960	13,2	17,4	12,7	11,6
1970	10,3	13,4	14,8	12,1
1980	8,2	10,1	14,3	11,6
1990	10,2	11,5	12,9	11,3
1991	9,9	11,3	12,9	11,1
1992	9,8	11,1	12,2	10,7
1993	9,6	10,9	12,2	10,9
1994	9,5	10,5	11,9	10,7
1995	9,3	10,2	11,9	10,6
1996	9,7	10,5	11,8	10,6
1997	9,9	10,7	11,3	10,4
1998	9,5	10,2	11,3	10,3
1999	9,4	9,9	10,9	10,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; Juliane Roloff 2000

Tabelle 8: Hamburg und früheres Bundesgebiet: Zusammengefasste Geburtenziffern im Vergleich

Jahr	Hamburg	früheres Bundes-gebiet	früheres Bundes-gebiet
1951	1,55	2,06	75,2
1955	1,51	2,13	70,9
1960	1,81	2,36	76,7
1965	1,95	2,50	78,0
1970	1,48	2,01	73,6
1975	1,16	1,44	80,6
1980	1,23	1,44	85,4
1985	1,10	1,28	85,9
1990	1,28	1,45	88,3
1991	1,25	1,42	87,9
1992	1,23	1,40	87,7
1993	1,19	1,39	85,4
1994	1,18	1,35	87,6
1995	1,16	1,34	86,6
1996	1,22	1,40	87,4
1997	1,25	1,44	86,7
1998	1,22	1,41	86,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; Juliane Roloff 2000

Die im Vergleich zum früheren Bundesgebiet niedrigeren Geburtenziffern sind vor allem auf das auffallend niedrige Fertilitätsniveau zurückzuführen (s. Tab. 8). Vergleicht man die Werte der zusammengefassten Geburtenziffern (= durchschnittliche Kinderzahl pro Frau) zwischen Hamburg und dem früheren Bundesgebiet, so zeigt sich, dass das Fertilitätsniveau in Hamburg in den 50er und 60er Jahren mehr als 20 Prozent unter dem des früheren Bundesgebietes lag; in den 90er Jahren waren es noch immer rd. 13 Prozent.

Dabei wäre das Fertilitätsniveau in Hamburg noch niedriger, wenn man nur die Fertilität der deutschen Frauen berücksichtigte. Das Statistische Landesamt Hamburg veröffentlicht hierzu die Werte der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern (= Lebendgeborene je 1000 Frauen der Altersgruppen 15 bis unter 45 Jahre). Abbildung 9 zeigt, dass die Fertilität der ausländischen Frauen deutlich über der der deutschen Frauen liegt. In den 70er Jahren, als die Fertilität der deutschen Frauen besonders niedrig war, war die Fertiliät der Ausländerinnen um das Zweieinhalbfache höher; auch in den 90er Jahren lagen die Werte der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern der ausländischen Frauen um ca. 60 Prozent über denen der deutschen Frauen.

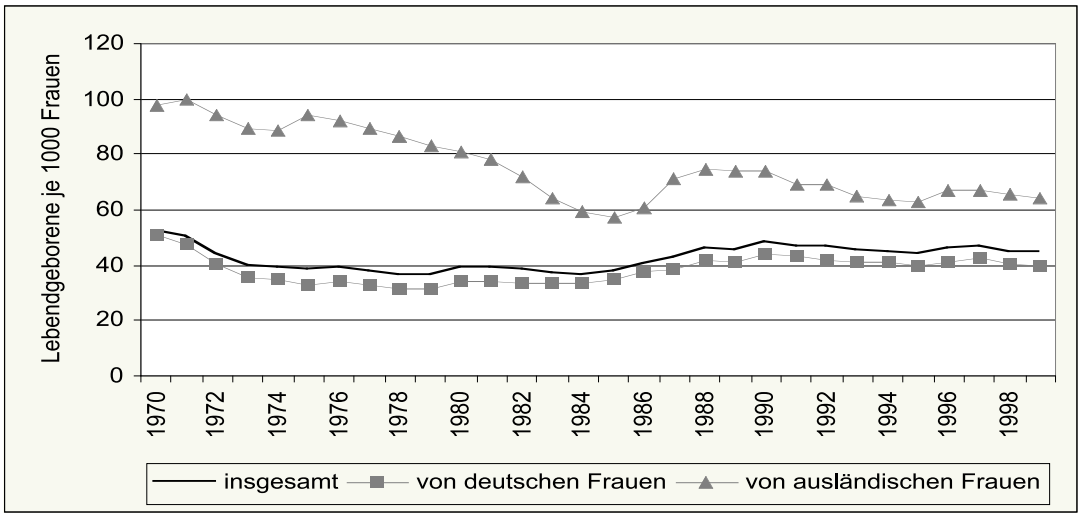


Abbildung 9: Hamburg: allgemeine Fruchtbarkeitsziffern deutscher und ausländischer Frauen im Vergleich
Quelle: Statisches Landesamt Hamburg

2.3. Wanderungen

Aufgrund des anhaltenden Sterbefallüberschusses wird die Entwicklung der Einwohnerzahl Hamburgs durch die Zuwanderung und die Abwanderung entscheidend beeinflusst. Bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre hinein lag die Anzahl der Fortzüge fast durchgängig über der Anzahl der Zuzüge. Erst seit 1987 verzeichnet Hamburg (mit Ausnahme der Jahre 1996 und 1997) einen Zuwanderungsgewinn.

Die Zuwanderung nach Hamburg wird im gesamten Beobachtungszeitraum ganz entscheidend durch die Bundesaußenwanderung getragen (s. Abb. 10). Die Abbildung zeigt, dass die Raten der Außenwanderungssaldos fast durchweg positiv sind und in der ersten Hälfte der 90er Jahre zum Teil sehr hohe Werte erreichten. Demgegenüber hat Hamburg gegenüber dem Umland durchgängig Wanderungsverluste zu verzeichnen. Die gegenüber dem übrigen Deutschland seit Ende der 80er Jahre deutlich positiven Wanderungssalden erklären sich aus Wanderungsgewinnen aus Nordrhein-Westfalen, vor allem aber aus den neuen Bundesländern, insbesondere aus dem „benachbarten" Mecklenburg-Vorpommern. Deutliche Wanderungsverluste hat Hamburg gegenüber den angrenzenden Bundesländern Niedersachsen und insbesondere Schleswig-Holstein. Dies korreliert mit den Abwanderungsverlusten an das Umland.

Weitere Informationen zum Hamburger Wanderungsgeschehen geben die nach Altersgruppen gegliederten Zuzüge nach und Fortzüge von Hamburg (s. Abb. 11). Hier zeigt sich, dass die Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen und insbesondere die Altersgruppen der jungen Erwachsenen positive Wanderungssalden aufweisen, während die Gruppen der über 30jährigen Personen und insbesondere die Per-

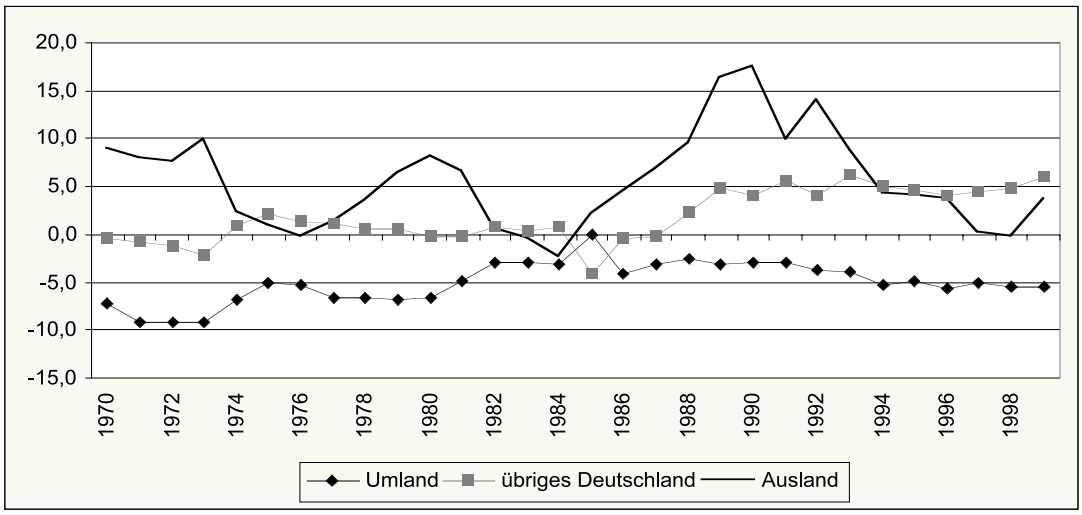


Abbildung 10: Hamburg: Raten der Wanderungssaldos mit dem Umland, dem übrigen Deutschland und dem Ausland (je 1000 Personen der Jahresendbevölkerung), 1970-1999
Anmerkung: Umland = Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg; Landkreise Harburg und Stade, Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg, eigene Berechnungen

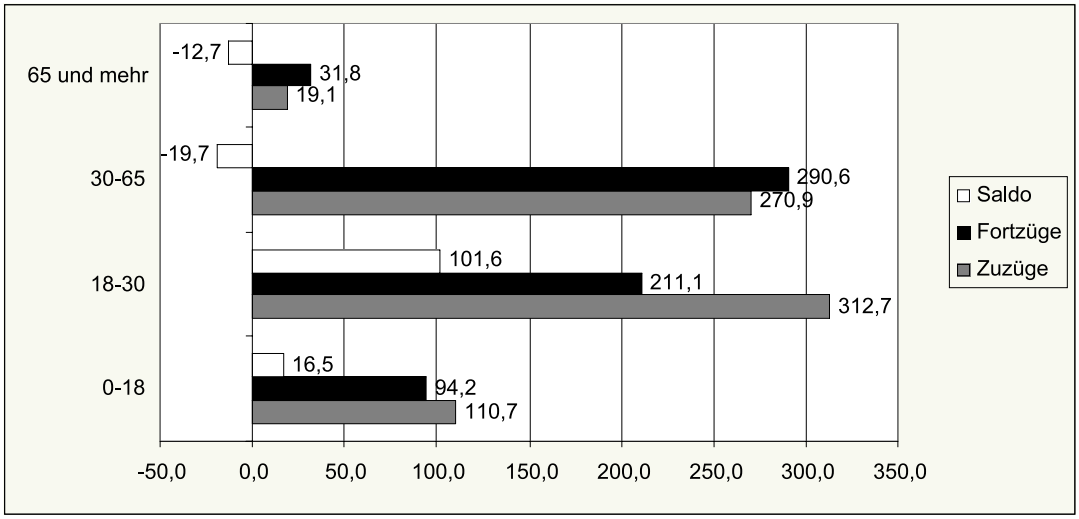


Abbildung 11: Zuzüge nach und Fortzüge von Hamburg, gegliedert nach Altersgruppen, Summe der Jahre 1991-1999 (in 1000 Personen),, Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg

sonen im Rentenalter deutliche Abwanderungsverluste zeigen. Speziell bei den über 65-Jährigen fällt im gesamten Zeitraum von 1970 bis 1999 ein durchgehend negativer Wanderungssaldo auf. Offenbar wird Hamburg als Arbeits- und Ausbildungsstandort geschätzt, weit weniger aber als Wohnstandort. Junge Leute kommen zur Ausbildung oder zu Beginn des Berufslebens in die Stadt; in der Phase der Familiengründung, spätestens aber im Rentenalter verlässt ein großer Teil von ihnen die Stadt wieder und zieht ins benachbarte niedersächsische oder schlewig-hosteinische Umland (vgl. hierzu auch Hußing 2001).

3. Die Bevölkerungsentwicklung in einem ehemaligen ostdeutschen Industriestandort: die Stadt Schwedt

3.1. Die Entwicklung derEinwohnerzahl

Schwedt war bis zum Beginn der 60er Jahre eine Kleinstadt in der Uckermark mit weniger als 10.000 Einwohnern. Ihre Entwicklung zum Industriestandort begann im Mai 1959 mit der Errichtung des Erdölverarbeitungswerkes Schwedt.

Das Werk entstand in zwei Ausbaustufen: die erste lief bis 1965, die zweite von 1965 bis 68. Diese Entwicklung spiegelt sich exemplarisch in der sprunghaften Zunahme der Einwohnerzahl in beiden Zeiträumen wider. Die Einwohnerzahl von Schwedt stieg von 9.434 im Jahre 1960 auf 23.358 im Jahre 1965; das ist mehr als eine Verdoppelung in nur 5 Jahren! Während der zweiten Ausbaustufe kamen dann noch

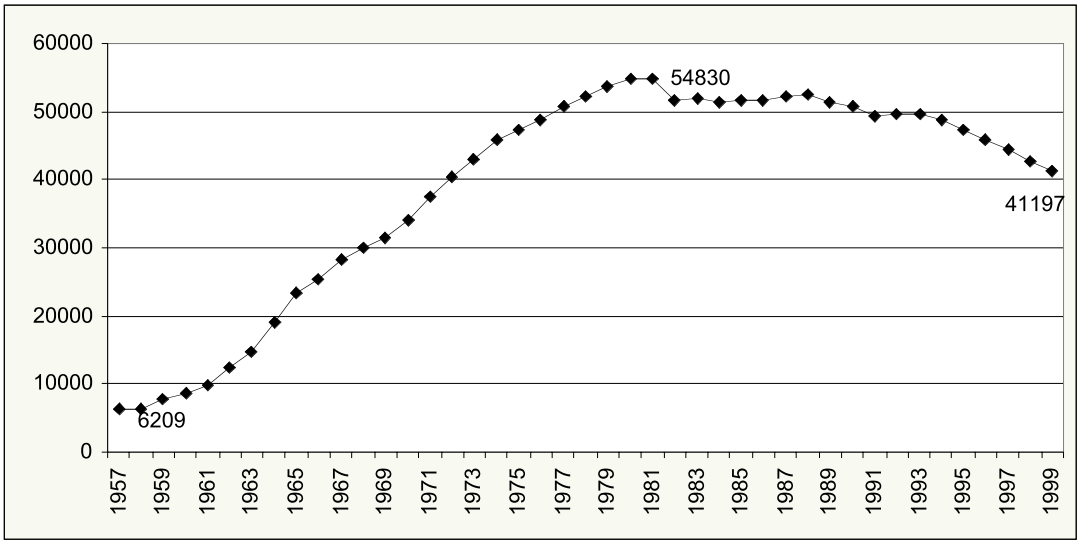


Abbildung 12: Schwedt: Entwicklung der Einwohnerzahl, 1957 bis 1999
Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

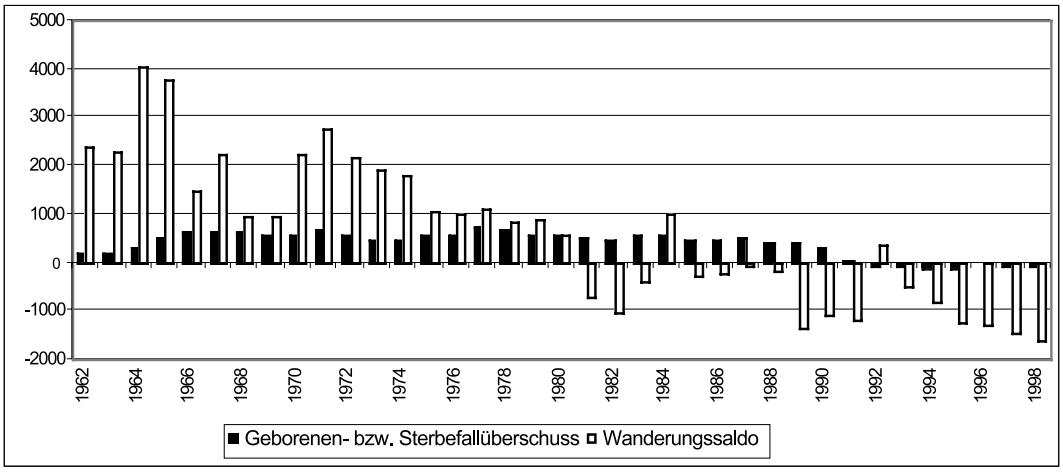


Abbildung 13: Schwedt: Salden aus natürlicher und räumlicher Bevölkerungsbewegung, 1962-1998
Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

einmal knapp 7.000 Einwohner dazu. 1974 wurde der Ort Heinersdorf eingemeindet. 1993 kamen im Zuge der Kreisgebietsreform die Gemeinden Blumenhagen, Gatow und Kunow hinzu. Im Jahre 1981 erreichte Schwedt mit rund 55.000 Einwohnern die größte Bevölkerungszahl in der bisherigen Geschichte der Stadt, danach setzte ein von Schwankungen unterbrochener rückläufiger Trend ein. 1999 hatte Schwedt noch rund 41.000 Einwohner (s. Abb. 12).

Die Bewegung derEinwohnerzahl Schwedts wurde bis 1980 durch hohe positive Wanderungssalden in Verbindung mit einem Geborenenüberschuss geprägt. Ab 1981 zeigen sich negative Wanderungsalden, die zwischen 1989 und 1991 Wanderungsverluste von mehr als 1.000 Personen jährlich erreichten.

1992 wurde durch Gewinne aus der Bundesaußenwanderung ein leicht positiver Wanderungsaldo erreicht. Seit 1993 hat die Abwanderung aus Schwedt von Jahr zu Jahr zugenommen. Zwischen Anfang 1991 und Ende 1998 verlor Schwedt rund 8.000 Einwohner. Dieser Bevölkerungsverlust war zu rd. 7 Prozent auf den Sterbefallüberschuss zurückzuführen und zu rd. 93 Prozent auf Abwanderung!

Hinsichtlich der natürlichen Bevölkerungsbewegung ist für Schwedt der bis 1991 anhaltende Geborenenüberschuss charakteristisch. Erst seit 1992 weist die natürliche Bevölkerungsbewegung einen im ostdeutschen Vergleich relativ geringen Sterbefallüberschuss auf.

Tabelle 9: Schwedt: Altersstruktur (Anteile in Prozent) und Durchschnittsalter, 1972-1998

Alters gruppe	1972	1980	1990	1998
0-15	35,2	25,3	22,5	14,5
15-60	58,6	68,4	67,3	65,9
60 und älter	5,8	5,8	9,5	17,5
Durch-schnitts-alter	24,8	28,0	32,1	39

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg; eigene Berechnungen

Die rückläufige Geburtenentwicklung sowohl wie die hohe Abwanderung haben in der Bevölkerung von Schwedt zu einem sich beschleunigenden Prozess demographischer Alterung geführt (s. Tab. 9). Im Jahr 1972 hatte Schwedt eine junge Bevölkerung mit einem Durchschnittsalter von gerade einmal 25 Jahren. Der Anteil der Kinder betrug 35 Prozent und die über 60-Jährigen hatten einen Anteil von nur 6 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Das war im Grunde genommen eine Bevölkerungsstruktur, wie man sie sonst nur aus Entwicklungsländern kennt. Zwischen 1980 und 1990 „alterte“ die Bevölkerung von Schwedt um 4 Jahre. Mit einem Durchschnittsalter von 32 Jahren war sie rund vier Jahre jünger als die Bevölkerung Ostdeutschlands insgesamt. In den folgenden acht Jahren bis 1998 beschleunigte sich der Alterungsprozess deutlich. Das Durchschnittsalter stieg um 7 Jahre an und lag 1998 nur noch um ca. ein Jahr unter dem Durchschnittsalter der ostdeutschen Bevölkerung insgesamt. Beim Anteil der Kinder hat Schwedt inszwischen mit Ostdeutschland (=14,2%) gleichgezogen; beim Anteil der über 60-Jährigen ist noch eine geringe Differenz vorhanden (Ostdeutschland =22,5%).

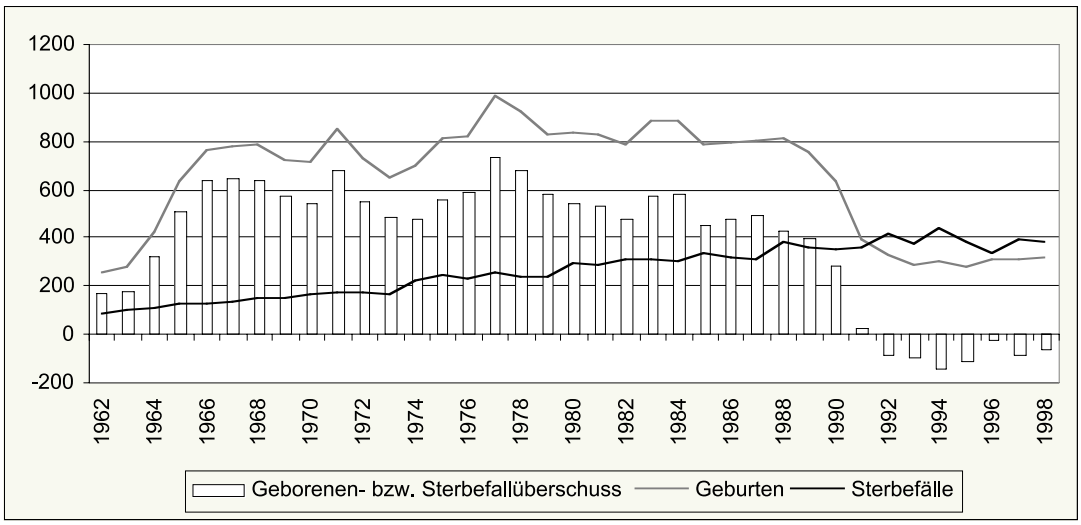


Abbildung 14: Schwedt: natürliche Bevölkerungsbewegung, 1962-1998
Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

3.2. Die natürliche Bevölkerungsbewegung

Abbildung 14 zeigt, dass die natürliche Bevölkerungsbewegung in Schwedt zwischen der zweiten Hälfte der 60er Jahre und dem Ende der 80er Jahre durch hohe bis sehr hohe Geborenenüberschüsse charakterisiert war. Diese positive Entwicklung war zum einen durch hohe Geburtenraten bedingt, zum anderen durch die aufgrund der jungen Altersstruktur der Einwohner von Schwedt niedrigen Sterberaten.

Tabelle 9: Schwedt und Ostdeutschland: Geburtenziffern und Sterbeziffern im Vergleich

	Geburtenziffern		Sterbeziffern	
Jahr	Schwedt	Ost-deutschl.	Schwedt	Ost-deutschl.
1962	23,1	17,4	7,5	13,7
1970	21,6	13,9	5,0	14,1
1975	17,2	10,8	5,2	14,3
1980	15,4	14,6	5,3	14,2
1985	15,2	13,7	6,4	13,5
1990	12,4	11,1	6,9	12,9
1991	7,7	6,8	7,1	12,7
1992	6,6	5,6	8,3	12,1
1993	5,6	5,1	7,5	11,9
1994	6,1	5,1	8,9	11,5
1995	5,7	5,3	8,0	11,3
1996	6,6	5,9	7,1	11,2
1997	6,7	6,5	8,6	10,9
1998	7,2	6,7	8,7	10,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg; eigene Berechnungen

Tabelle 9 zeigt, dass Schwedt bis 1990 deutlich höhere Geburtenziffern aufwies als die ehemalige DDR insgesamt. Auch in den 90er Jahren lagen die Geburtenziffern in Schwedt noch immer leicht über den Werten Ostdeutschlands. Die extrem niedrigen Sterbeziffern für Schwedt im gesamten Beobachtungszeitraum sind eindeutig auf die junge Altersstruktur zurückzuführen. Der in den 90er Jahren zu beobachtende tendenzielle Anstieg der Sterbeziffern widerspiegelt auch den weiter oben beschriebenen Alterungsprozess der Schwedter Bevölkerung.

Tabelle 10: Schwedt und Ostdeutschland: Zusammengefasste Geburtenziffern im Vergleich

Jahr	Schwedt	Ost-deutschland	Ostdeutschl. =100%
1975	1,88	1,54	122,1
1980	1,83	1,94	94,3
1985	1,31	1,73	75,7
1990	1,43	1,52	94,2
1991	0,95	0,98	97,2
1992	0,85	0,83	102,4
1993	0,76	0,78	98,1
1994	0,85	0,77	110,1
1995	0,81	0,84	96,7
1996	1,01	0,95	106,5
1997	1,11	1,04	106,8
1998	1,11	1,09	101,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg; eigene Berechnungen

Der Vergleich der Geburtenziffern Schwedts und Ostdeutschlands in Verbindung mit den durchschnittlichen Kinderzahlen pro Frau (= zusammengefasste Geburtenziffer) zeigt eine interessante Entwicklung. Im Zeitraum von 1980 bis 1991 lag die durchschnittliche Kinderzahl in Schwedt unter den ostdeutschen Werten; trotzdem waren die Geburtenraten in Schwedt höher als in Ostdeutschland. Dies erklärt sich aus der damals günstigen Altersstruktur Schwedts mit einem hohen Anteil von Frauen in den reproduktiven Altersgruppen (15 bis unter 45 Jahre). Seit 1992 zeigen die zusammengefassten Geburtenziffern in Schwedt (von Schwankungen unterbrochen) leicht höhere

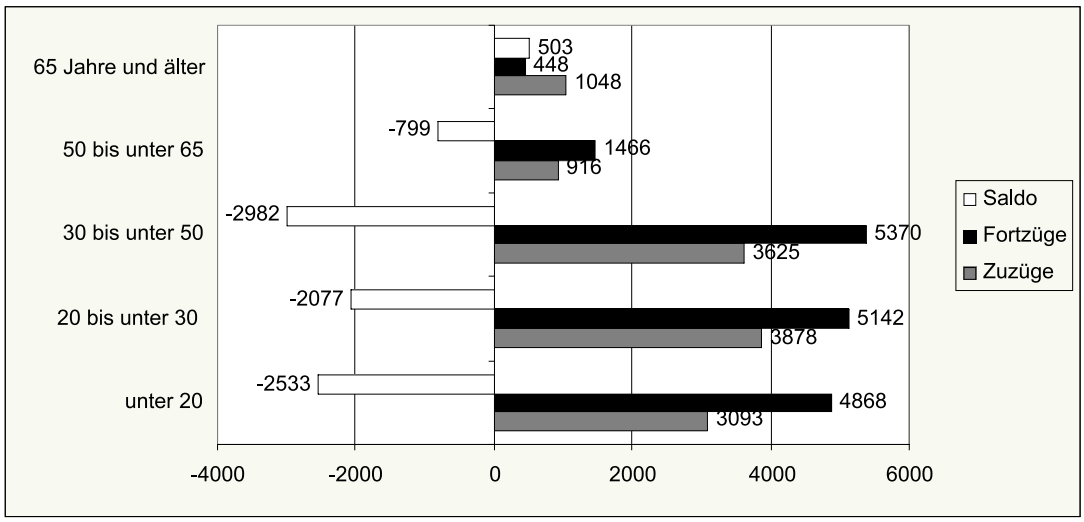


Abbildung 15: Zuzüge nach und Fortzüge von Schwedt, gegliedert nach Altersgruppen,
Summe der Jahre 1991-1998, Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Werte als in Ostdeutschland; ebenso wie die Geburtenraten. Dies weist darauf hin, dass jetzt eher die Fertilität und weniger eine günstige Altersstruktur die Höhe der Geburtenraten beeinflusst.

3.3. Wanderungen

Wanderungen haben die Bevölkerungsgeschichte Schwedts seit den 60er Jahren geprägt. Bis 1980 waren hohe positive Wanderungssalden eine wichtige Ursache für das Wachsen der Einwohnerzahl und die Herausbildung einer auffallend jungen Altersstruktur. Seit 1981, insbesondere aber seit 1989, prägen negative Wanderungssalden das Bild der Bevölkerungsentwicklung. Abbildung 15 zeigt, dass Schwedt in der Summe der Jahre 1991 bis 1998 nur bei den Personen im Rentenalter Wanderungsgewinne zu verzeichnen hat. Alle anderen Altersgruppen, insbesondere die unter 20-Jährigen und ganz besonders die Personen der Altersgruppe 30 bis unter 50 Jahre, weisen hohe Wanderungsverluste auf. Diese Altersstruktur der Wandernden erklärt zu einem wesentlichen Teil den weiter oben beschriebenen raschen Alterungsprozess der Schwedter Bevölkerung in den vergangenen zehn Jahren, insbesondere den deutlichen Rückgang des Anteils der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung und den gestiegenen Anteil der Senioren.

Die Gliederung der Wandernden nach Migrationsströmen zeigt die Abbildung 16. Hier wird deutlich, dass sich die Salden aus der Bundesaußenwanderung – mit Ausnahme des Jahres 1992, als die Quotenregelung für die Aufnahme von Aussiedlern und Asylbewerbern auch für die ostdeutschen Bundesländer in Kraft trat – um den Nullwert herum bewegen. Aus der Wanderung mit dem Land Brandenburg – bei der es sich zum großen Teil um Umlandwanderung von Familien handeln dürfte – erzielte

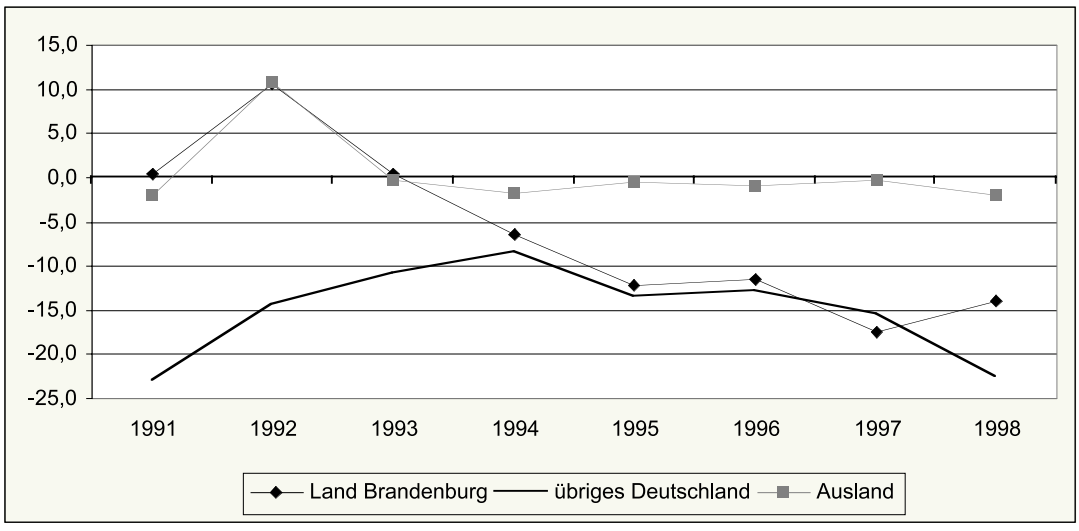


Abbildung 16: Schwedt: Raten des Wanderungssaldos mit dem Land Brandenburg, dem übrigen Deutschland und dem Ausland (je 1000 Personen der Jahresendbevölkerung), 1991-1998
Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Schwedt bis 1993 Wanderungsgewinne; ab 1993 traten Wanderungsverluste auf, die bis 1997 deutlich zunahmen; 1998 trat eine leichte Abschwächung ein. Die Wanderung gegenüber dem übrigen Deutschland, d.h. weitgehend die Wanderung gegenüber Westdeutschland, spiegelt im Prinzip den allgemeinen Trend der Ost-West-Wanderung seit 1991 wider (vgl. Abb. 3). Nach sehr hohen Wanderungsverlusten in den Jahren 1991 und 1992 gingen die Wanderungsverluste bis 1996 zurück; seither sind sie wieder im Steigen begriffen.

Schlussfolgerungen

(0) Die seit Dekaden rückläufige Geburtenentwicklung hat in Deutschland in Verbindung mit der gestiegenen Lebenserwartung zu einem ausgeprägten Prozess demographischer Alterung geführt. Dieser Prozess wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Bevölkerungsvorausschätzungen gehen davon aus, dass bei einer zukünftigen durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau von etwa 1,3 der Anteil der Kinder bis zur Mitte des gegenwärtigen Jahrhunderts weiter zurückgehen wird (auf rd. 11%); der Anteil der über 60-Jährigen wird sich verdoppeln. Überdies wird die Einwohnerzahl Deutschlands schrumpfen. Von dieser Schrumpfung werden die einzelnen Bundesländer in unterschiedlichem Maße betroffen sein; der stärkste prozentuale Bevölkerungsrückgang wird für die neuen Bundesländer (Ausnahme Brandenburg) erwartet.

(1) Auf dem Hintergrund dieser generellen Entwicklung kommt den Komponenten demographischer Prozesse bei kleinräumiger Betrachtung ein unterschiedliches Gewicht zu. In (west)deutschen Metropolen, wie der Freien und Hansestadt Hamburg, die vor allem wichtige Arbeits- und Ausbildungsstandorte sind, zeigt sich, dass die Wanderungsbewegungen einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung der Einwohnerzahl haben. Überdies sind, wenn – wie in Hamburg – ein hoher Anteil an ausländischer Bevölkerung zu verzeichnen ist, deutliche Unterschiede in der Altersstruktur der ausländischen und der deutschen Bevölkerung festzustellen. Die ausländische Bevölkerung ist jünger, und sie hat einen wesentlich höheren Anteil an Kindern und Jugendlichen als die deutsche Bevölkerung.

(2) In Ostdeutschland insgesamt ist der rasche Bevölkerungsrückgang insbesondere auf einen hohen Sterbefallüberschuss als Folge des deutlichen Geburtenrückganges nach 1990 zurückzuführen; die Abwanderung hat an dem Bevölkerungsrückgang einen Anteil von knapp 40 Prozent. Allerdings verstärkt die Abwanderung, die ausgeprägt altersselektiv und geschlechtsselektiv wirkt, die Entwicklung des Stebefallüberschusses durch den Abzug überwiegend junger Altersgruppen und damit durch den Abzug von reproduktivem Potenzial aus Ostdeutschland. Bei kleinräumiger Betrachtung zeigt sich, dass in bestimmten ostdeutschen Regionen wie in der uckermärkischen Stadt Schwedt durchaus die Abwanderung der Hauptgrund für den raschen Bevölkerungsschwund sein kann. Hier spielen die Umlandwanderung und die Abwanderung nach Westdeutschland eine wichtige Rolle, wobei die Abwanderung nach Westdeutschland auf dem Hintergrund einer sich verschlechternden Arbeitsmarktsituation in den letzten drei Jahren wieder zugenommen hat.

(3) In Anbetracht des nicht umkehrbaren Prozesses demographischer Alterung der Bevölkerung wird die Gesellschaft Deutschlands zukünftig noch stärker als heute mit der Frage konfrontiert sein, wie sie mit diesem Prozess umgehen will. Von der Beantwortung dieser Frage wird abhängen, ob die beiden von diesem Prozess am stärksten betroffenen Gruppen, die Kinder und Jugendlichen einerseits und die Senioren andererseits, das Gefühl haben, in dieser Gesellschaft einen wichtigen Platz einzunehmen und willkommen zu sein, oder ob sie sich eher als Randgruppen empfinden werden.

Literatur:

DIW 1999: Zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Modellrechnungen bis 2050. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenbericht 42-99

Herden, Rose-Elisabeth/Rainer Münz 2001: Bevölkerung. In: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Opladen: Leske + Budrich

Herden, Rose-Elisabeth: Demographische Veränderungen in ehemaligen Industriestandorten des Landes Brandenburg: die Stadt Lauchhammer (unveröffentl. Manuskript)

Herden, Rose-Elisabeth: Demographische Veränderungen in ehemaligen Industriestandorten des Landes Brandenburg: die Stadt Schwedt (unveröffentl. Manuskript).

Hußing, Ulrich 2000a: Bevölkerungsentwicklung in Hamburg im 20. Jahrhundert. In: Hamburg in Zahlen. Zeitschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg. Heft März/April 2000. S. 40-46

Hußing, Ulrich 2000b: Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 2015. In: Hamburg in Zahlen. Zeitschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg. Heft 5/6.2000

Hußing, Ulrich 2001: Bevölkerungsvorausschätzung für die Hamburger Bezirke und Stadtteile bis zum Jahr 2010. In: Hamburg in Zahlen. Zeitschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg. Heft 1/2001

Roloff, Juliane 2000: Die demographische Entwicklung in den Bundesländern Deutschlands.Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. Heft 100/2000. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt

Roloff, Juliane 2001: Einige Bemerkungen zum Wanderungsgeschehen in Ostdeutschland, insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland, nach ausgewählten Altersgruppen. In: BiB-Mitteilungen, Heft 2/2001

United Nations Population Division 2001: World Population Prospects. The 2000 Revision. New York: United Nations

Kamran Ardalan,
Stadtplanungsamt Magdeburg
Dr. Ingo Gottschalk;
Jugendamt Magdeburg
Karen Vollmann,
Stadtplanungsamt Magdeburg

Szenario Abwanderung – Alterung – Stadtumbau am Beispiel des Magdeburger Stadtteils Neustädter Feld

Schriftliche Fassung eines Vortrags, gehalten im Rahmen eines Expertengesprächs zum Thema: „Demographische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten/Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf", Berlin, 18.09.2001

Das Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg

In Ostdeutschland werden zur Zeit in fast allen Kommunen unter Hochdruck neue Stadtentwicklungskonzepte (STEK) erstellt. Dies sind allerdings Konzepte mit einer ganz neuen Planungsqualität, da in Ostdeutschland ein Problembereich, der akuten Handlungsdruck erzeugt, hervortritt: der Bevölkerungsrückgang in Verbindung mit dem wachsenden Wohnungsleerstand.

In Magdeburg steht derzeit jede fünfte Wohnung leer, die Tendenz ist zunehmend. Wir rechnen damit, dass in 2-3 Jahren bereits jede vierte Wohnung leersteht. Der Wohnungsleerstand ist vor allem ein wohnungswirtschaftliches Problem, viele Wohnungsunternehmen, egal, ob privatwirtschaftlich oder genossenschaftlich, sind insolvenzgefährdet.

Außerdem verstärken sich aber auch Probleme der Kommunen im infrastrukturellen und sozialen Bereich. Das infrastrukturelle Versorgungsnetz wird immer weiter entflochten und damit zunehmend unattraktiv. Hierdurch entsteht eine zusätzliche Standortschwächung, die unsere Stadt für potentielle Neubürger und somit Einwohnerzuwächse nicht attraktiv macht.

Im sozialen Bereich wird zukünftig u.a. das unausgewogene Verhältnis verschiedener Altersgruppen Probleme bereiten. Die Überalterung nimmt zu und sorgt für Spannungen. In einigen Stadtteilen leben überproportional viele Rentner, die klassisch ein großes Ruhebedürfnis haben.

Noch wesentlicher sind aber die sozialen Segregationsprozesse, die sich vorwiegend in den Großsiedlungen Magdeburgs vollziehen. Zurück bleiben die Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen, ohne Erwerbsarbeit oder mit Sozialhilfebezug.

Mit dem Stadtentwicklungskonzept zur Verringerung des Wohnungsleerstandes soll vorbeugend solchen Szenarien wie Kriminalitätsanstieg, Vandalismus, Verwahrlosung, Angsträume und Imageverlust entgegengewirkt werden.

In Magdeburg müssen innerhalb der nächsten 10 Jahre 20.000 Wohnungen vom Markt genommen werden, das sind ca. 14% des Wohnungsbestandes. Dieser Prozess muss zur Vermeidung eines städtebaulichen Chaos gesteuert werden.

Am gesamten Arbeitsprozess waren die lokalen Wohnungsunternehmen (Wohnungsbaugesellschaft, neun Genossenschaften und Haus & Grund als Vertreter privater Wohnungseigentümer) beteiligt.

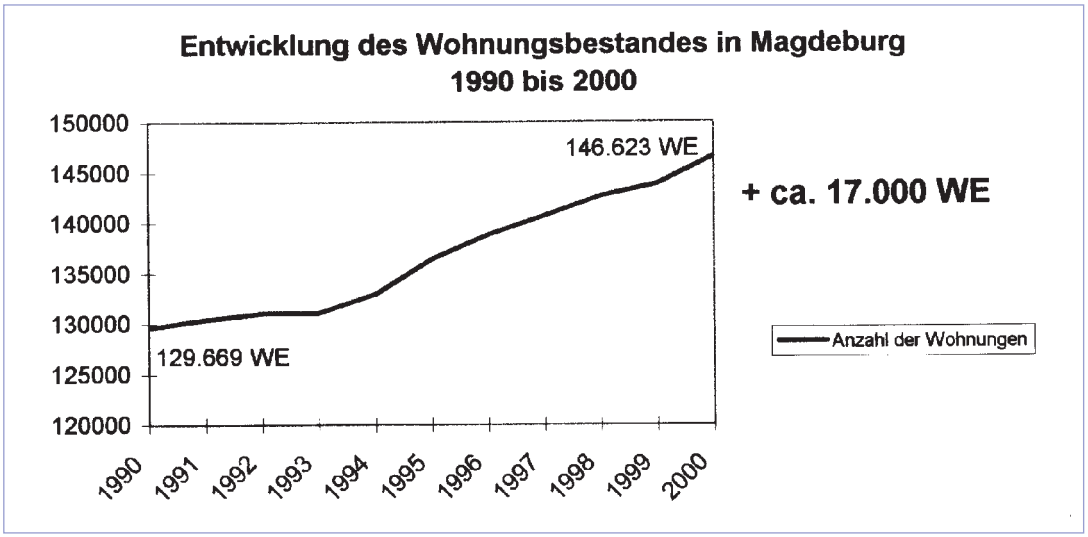
Die Analyse des Magdeburger Wohnungsmarktes, welche in der ersten Arbeitsphase stattgefunden hat, ergab, dass bereits über 27.000 Wohnungen, also rund 21% des Bestandes in der Landeshauptstadt leerstehen. Der Schwerpunkt des Leerstandes befindet sich zwar aktuell noch im unsanierten Altbau, wird sich jedoch in Zukunft stark zum Plattenbau hin verschieben, da die Großwohnsiedlung nach wie vor ungebremst Einwohner verlieren, während die innenstadtnahen Altbauquartiere seit einiger Zeit Bevölkerungsgewinne verzeichnen.

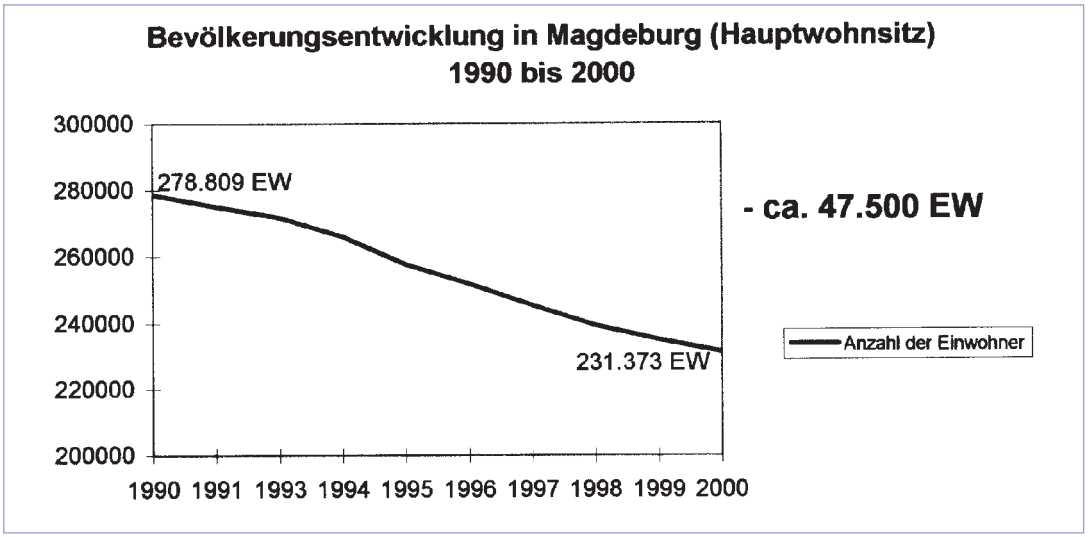
In der zweiten Phase wurden die konzeptionellen Planungen erstellt. Hierzu gehörte vor allem das städtebauliche Leitbild und das Zielkonzept.

Das Städtebauliche Leitbild

Das städtebauliche Leitbild ist der Rahmen für eine langfristige Stadtentwicklung. In ihm sollen grundlegende Zusammenhänge einer gedachten Zukunft aufgezeigt werden. Es ist keine Vorgabe für Lösungen im Detail, sondern eine wegweisende Orientierungshilfe für die komplexen Entscheidungsprozesse, die gegenwärtig anstehen. Im Zielkonzept wurde jeder Stadtteil einer der folgenden Kategorien zugeordnet: Erhaltungsgebiet, Umstrukturierungsgebiet, Schrumpfungsgebiet und Gebiet ohne Handlungsdruck. In den Erhaltungsgebieten wird es nur zu punktuellen Maßnahmen zur Reduzierung des Wohnungsbestandes kommen und dies auch immer nur mit dem

Hintergrund einer aufwertenden Maßnahme. Im Umstrukturierungsgebiet ist zwar derselbe Hintergrund gegeben, jedoch kann es hier auch





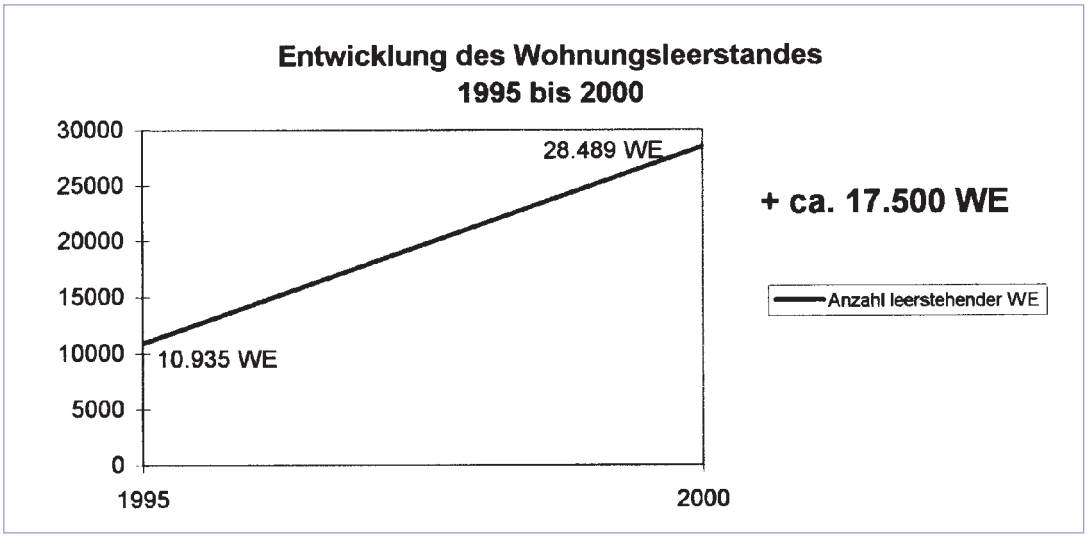


Abb.: Vollmann, 2000

Magdeburg hat seit der Wende ca. 50.000 Einwohner verloren. Die Verluste verteilen sich auf die gesamte Stadt. Die Folge davon ist, dass viele infrastrukturelle Einrichtungen (wie Kindergärten, Schulen, Straßenbahnlinien) nicht mehr ausgelastet sind und deshalb unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr haltbar sind. Im gleichen Zeitraum hat es jedoch auch eine bedeutende Zunahme an neuen Geschosswohnungen gegeben. Durch diese beiden gegenläufigen Trends ist ein Problem auf den Plan getreten, welches es in dieser Dimension noch nicht gegeben hat: der Wohnungsleerstand.

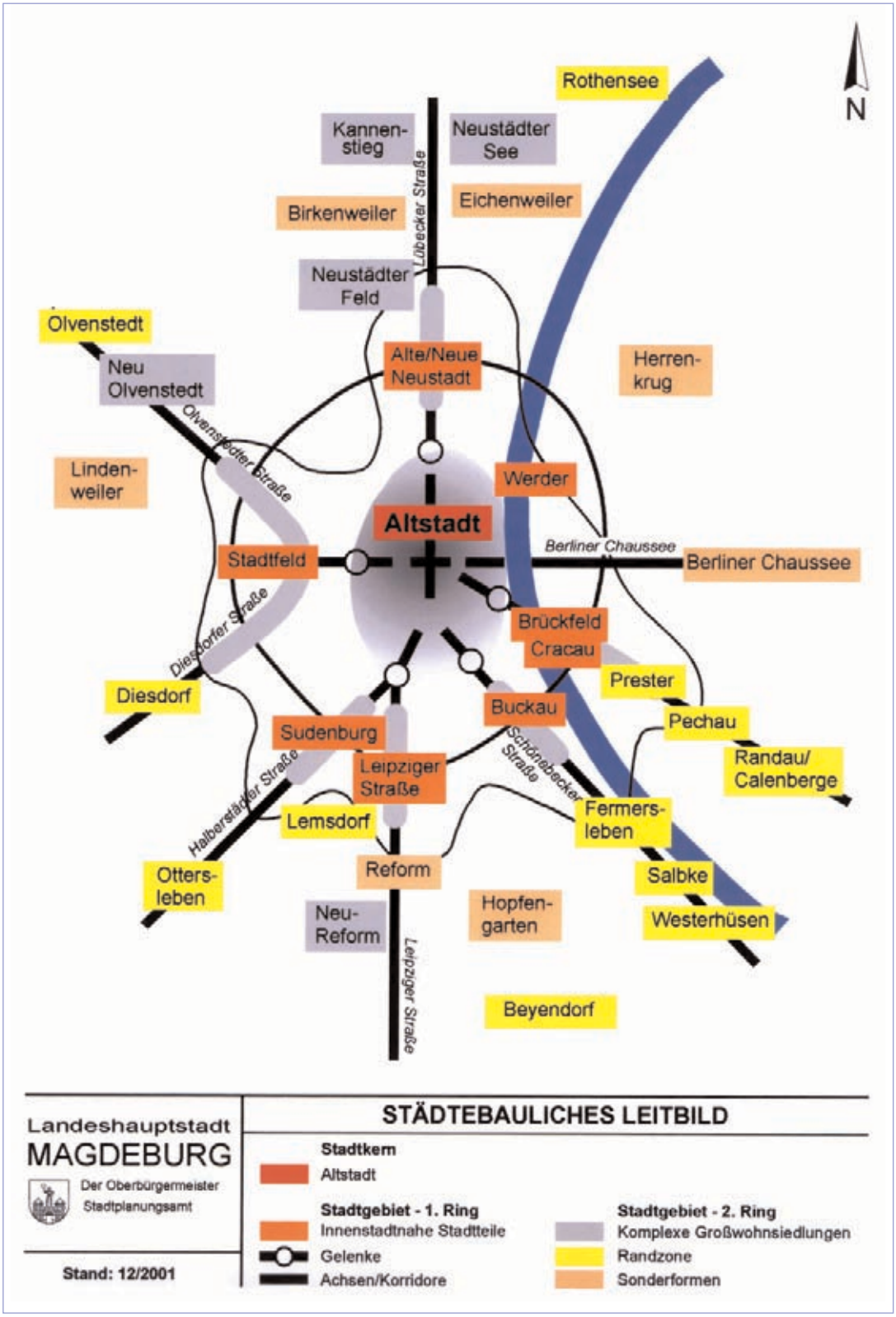


Abb.: Mai/ Wöbse 2001

Das Leitbild stützt sich zum einen auf die vorhandenen, zum überwiegenden Teil gewachsenen Stadtstrukturen und wird zum anderen durch die gegenwärtige und zukünftige Wohnungsleerstandsentwicklung geprägt.

Der grundlegende Gedanke des Leitbildes ist es, die Stadt vom Rand zur Mitte hin schrumpfen zu lassen und sie gleichzeitig durch Aufwertungsmaßnahmen von der Mitte zum Rand hin zu stärken. Den Achsen, Korridoren und Gelenken kommt aus städtebaulicher Sicht eine besondere Bedeutung zu, da diese Bereiche stadtbildprägend sind. Sie sind mit besonderer Priorität, ähnlich dem Stadtkern, zu entwickeln und zu fördern.

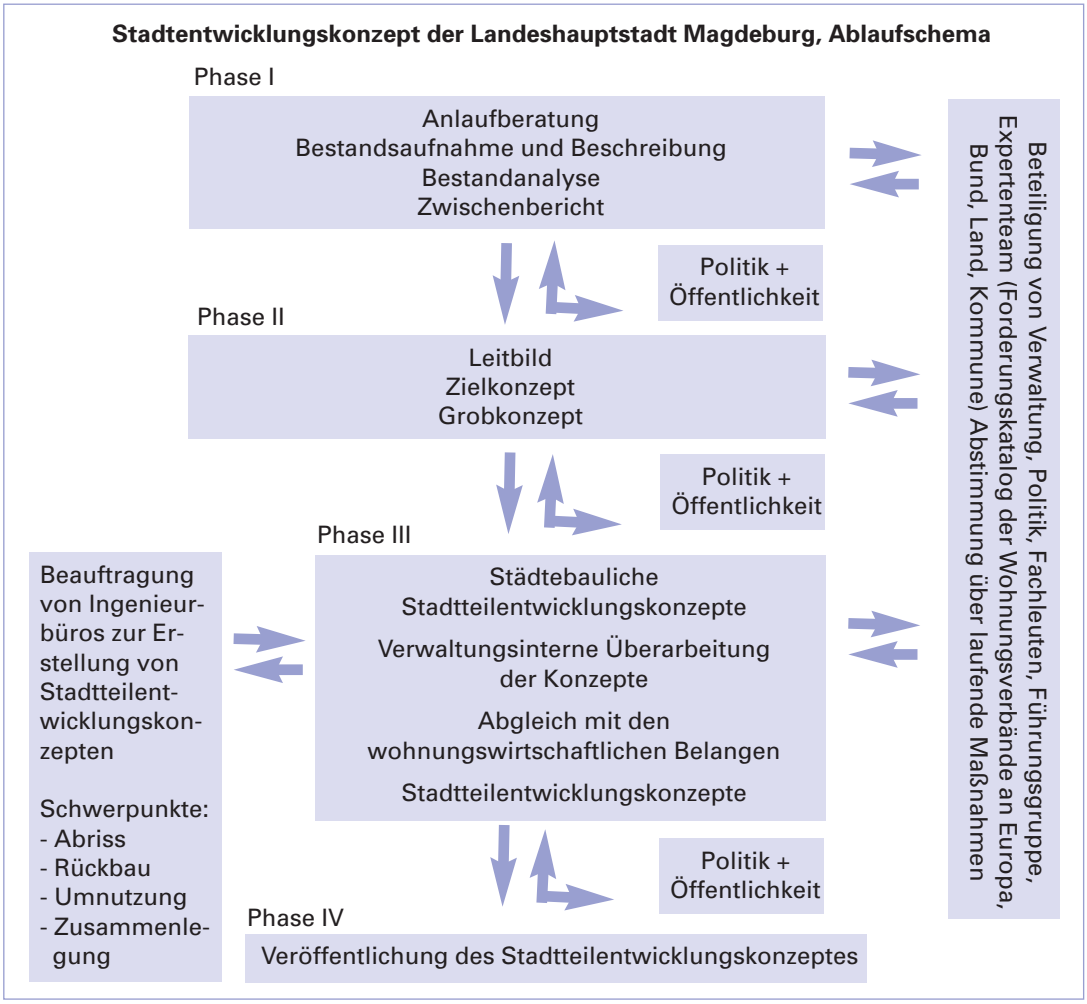


Abb.: Vollmann, 2000
Es wird ein Stadtentwicklungskonzept erarbeitet, das nach einer ausführlichen Analyse der Bevölkerungs- und Sozialstruktur und einer Prognose dieser Faktoren sowie einer Untersuchung der künftigen Wohnbedürfnisse beurteilt, auf welche Wohngebäude langfristig verzichtet werden kann. Die Erstellung des Magdeburger Stadtentwicklungskonzeptes orientiert sich an obigem Ablaufschema.

zum Abriss einer ganzen Zeile kommen. Im Schrumpfungsgebiet wird in Größenordnung zurückgebaut wobei auch flächenhafter Rückbau nicht ausgeschlossen ist. In Gebieten ohne Handlungsdruck existieren kaum Geschosswohnungen, so dass hier keine Maßnahmen zur Wohnraumreduzierung getätigt werden.

In der dritten Arbeitsphase wurden von externen Planungsbüros Stadtteilkonzepte erstellt, die aufzeigten, wie und wo städtebaulich sinnvoll rückgebaut oder abgerissen werden können. Diese Konzepte wurden von der Verwaltung und den Wohnungseigentümern abgeglichen, mit dem Ziel, 20.000 Wohnungen mit einer Maßnahme und zeitlichen Einordnung zu unterlegen. Im Ergebnis konnten so 20.105 Wohnungen lokalisiert werden, von denen rund 75% für den Abriss vorgesehen sind, weitere 20% für den Rückbau und 5% für Umlegung, Stilllegung und/oder Zusammenlegung. Je ein Drittel davon soll kurz- mittel- und langfristig umgesetzt werden.

In der vierten Phase, in der wir uns derzeitig befinden, werden die Ergebnisse veröffentlicht. Hierzu wurden in den Schrumpfungsgebieten gemeinsam mit den Wohnungseigentümern Bürgerversammlungen abgehalten. Der gesamte Arbeitsprozess wird im „Stadtentwicklungskonzept zur Verminderung des Wohnungsleerstandes“ zusammengefasst und als Beschlussvorlage dem Stadtrat im Februar 2002 vorgelegt. Wie sich diese und weitere Planungen sich im einzelnen in den Stadtteilen niederschlagen, soll am Beispiel des Stadtteiles Neustädter Feld gezeigt werden.

Das Fördergebiet Neustädter Feld

Beschreibung des Stadtteils

Das Neustädter Feld, erbaut von 1977 bis 1983, stellt sich städtebaulich als ein Neubau-Implantat im südlichen Abschnitt eines geschlossenen Siedlungskörper in überwiegend aus Kleinhausbebauung bestehenden Siedlungsstruktur dar.

Das ca. 85 ha. umfassende Untersuchungsgebiet des Stadtteils Neustädter Feld hat 8.552

Einwohner und 5.237 Wohneinheiten.

Das Neustädter Feld liegt ca. drei Kilometer nordwestlich des Magdeburger Zentrums. Der Stadtteil wird im Osten durch den Magdeburger Ring, im Norden durch die Ebendorfer Chaussee, im Süden durch die Mittagstraße und im Westen durch den Holzweg begrenzt.

Städtebauliche Struktur

Das Gebiet fügt sich in die Struktur des Stadtteils Nord und in die Landschaft des nordwestlichen Stadtrandes ein. Im südlichen Neubaugebiet des Neustädter Feldes bestimmt ein Grünzug die städtebauliche Grundstruktur. Diese Fußgängerachse verbindet das etwa ein Kilometer entfernte Stadtteilzentrum am Nikolaiplatz mit der im Westen liegenden Befestigungsanlage am Fort VI. Sie ist eine bedeutungsvolle gestalterische Achse des Untersuchungsgebietes. Dort konzentriert sich auch das Zentrum des Gebietes bestehend aus drei Hochhäusern, einer 9-10-geschossigen Wohnscheibe mit gewerblicher Unterlagerung, einem Ärztehaus und einem Einkaufszentrum.

Die städtebauliche Struktur wird überwiegend bestimmt durch 5- und 6-geschossige Hofbebauungen, Zeilen und Mäanderstrukturen. Als Sonderformen der Wohnbebauung gibt es ferner 6-geschossige Würfelhäuser, 9-10-geschossige Wohnscheiben und 16-Geschosser des Typs P 16.

Infrastruktur

Die Infrastruktur des Stadtteils hat sich durch die Sanierung und Wiedereröffnung des Einkaufszentrums im Stadtteilzentrum wieder verbessert. Das Ärztehaus, diverse Arztpraxen Imbissangebote und die Unterbringung des Stadtteilmanagements im Stadtteilzentrum tragen zu einer ausgewogenen Ausstattung bei. Darüber hinaus existieren in Randlage weitere Nahversorger gekoppelt mit Dienstleistungsangeboten.

Die Anbindung an den ÖPNV ist durch die städtische Buslinie gegeben.

Zwei Jugendclubs, ein Kindergarten und zwei Schulstandorte decken den Bedarf ab, wobei aufgrund rückläufiger Schülerzahlen ein Schulstandort entfallen wird.

Bevölkerungsstruktur

Das Neustädter Feld verzeichnet seit 1991 bis 1999 einen deutlichen Bevölkerungsrückgang um knapp 30%. Die Leerstandsquote liegt hingegen mit 14,5 % liegt unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt und ist vorwiegend durch den hohen Leerstand der 16-Geschosser begründet.

Die Bevölkerung des Neustädter Feldes kann im Moment noch als relativ jung bezeichnet werden. Mit dem Bau des Neubaugebietes sind vorwiegend junge Familien mit Kindern eingezogen, so dass 71 % der Stadteilbewohner zwischen 18 und 64 Jahre alt sind.

Abgesehen vom Leerstand existiert das Problem der sozialen Segregation, begründet durch hohe Arbeitslosigkeit (17,4%) und hohe Anzahl Sozialhilfeempfänger (9,1%). Nicht ohne Grund ist der Stadtteil seit 1999 im Programm „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt".

Wohnungsstruktur

(die Darstellung der Wohnungsstruktur bezieht sich auf den gesamten statistischen Bezirk, incl. Fördergebiet Neustädter Feld).

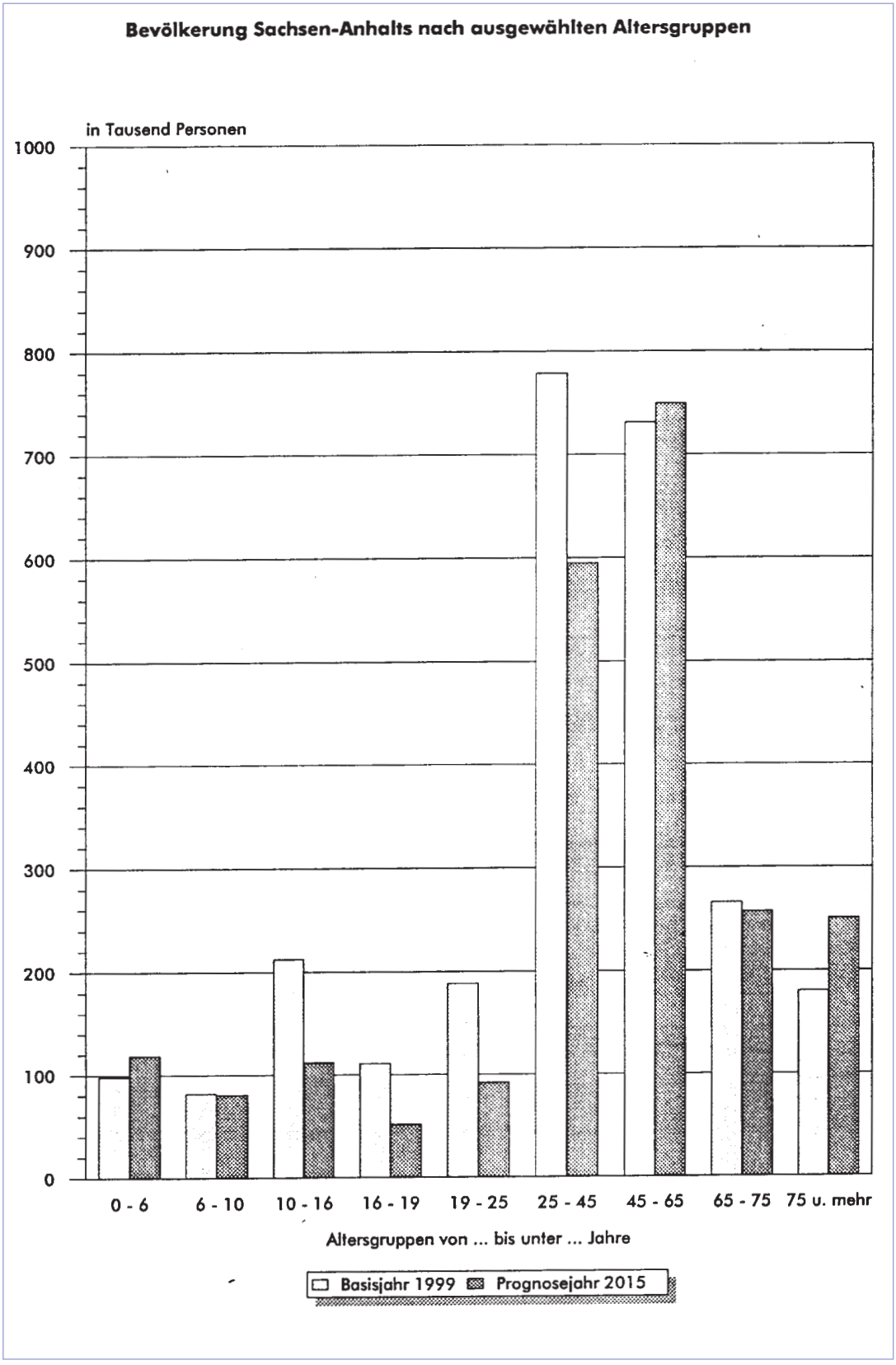
Im Neustädter Feld gibt es 6.328 WE, wovon ca. 915 Wohneinheiten unbewohnt sind, was einer Leerstandsquote von 14,5 % entspricht. Der Sanierungsstand der Genossenschaften ist weit fortgeschritten, so dass eine ganze Reihe von Genossenschaften ihren Bestand nahezu komplett saniert bzw. wenigstens teilsaniert haben.

Maßnahmen im Rahmen des gesamtstädtischen Stadtentwicklungskonzeptes

Da das Neustädter Feld in zwei Förderprogrammen ist und ein Förderhorizont von mindestens 10 Jahren angestrebt wird, ist das grundsätzliche Stadtteilentwicklungsziel, die Städtebaufördermittel in Bereichen zu konzentrieren, die dem Erhalt und der Stärkung des Zentrums und der Qualifizierung peripherer Sportareale dienen. Ziel ist es, den Stadtteil auf einem geringeren Einwohnerniveau zu halten und in seiner Grundstruktur, sprich zentraler Grünachse und Zentrumsbereich zu stabilisieren.

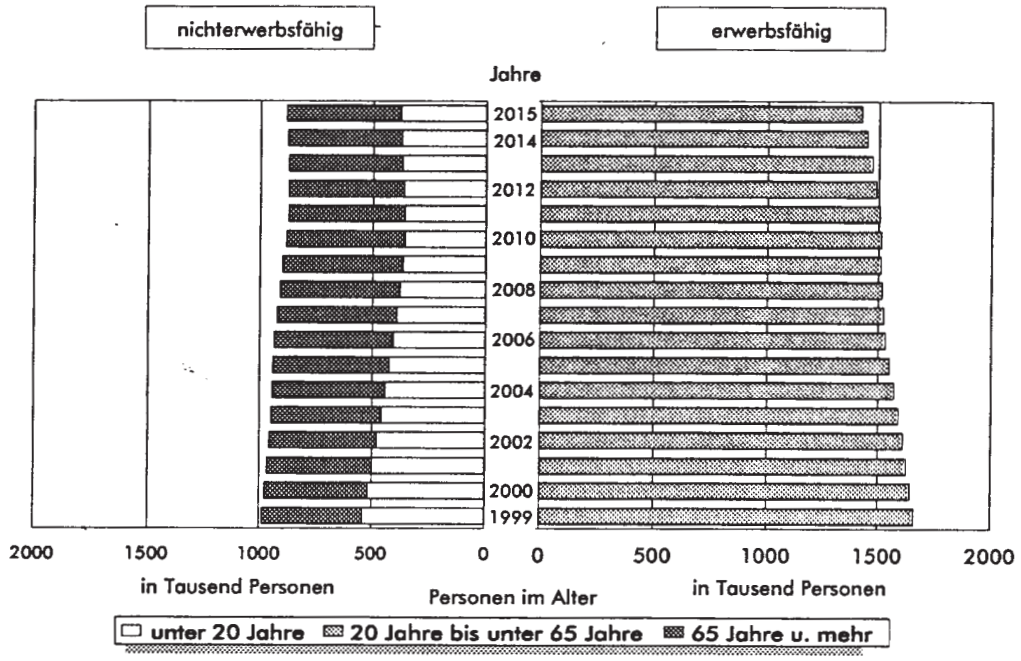
Im Rahmen der Stadtteilentwicklung zur Begegnung des Wohnungsleerstandes in der Landeshauptstadt Magdeburg wurde auch für den Stadtteil Neustädter Feld ein Kernbereich bestimmt, der im wesentlichen aus dem Zentrumsbereich, dem sog. Zentralen Grünzug und der Wohnbebauung zwischen Othrichstraße und Lerchenwuhne in Richtung Bördegarten besteht. Eingeschlossen sind nördlich und südlich des Grünzuges parallel gelegene Wohnscheiben, welche die räumliche Kante bilden. Im Kernbereich soll mit Priorität gefördert werden. Die Maßnahmen zur Reduzierung des Wohnungsbestandes können wie folgt beschrieben werden:

- Der kurz- bis langfristige Handlungsdruck zum Abriss konzentriert sich auf unsanierte Blockinnenbereiche bzw. eine Wohnscheibe.
- Im weiteren erfahren kurz- bis mittelfristig einzelne Wohnscheiben (Mäander bzw. Blockrandbereiche) einen Rückbau in Form

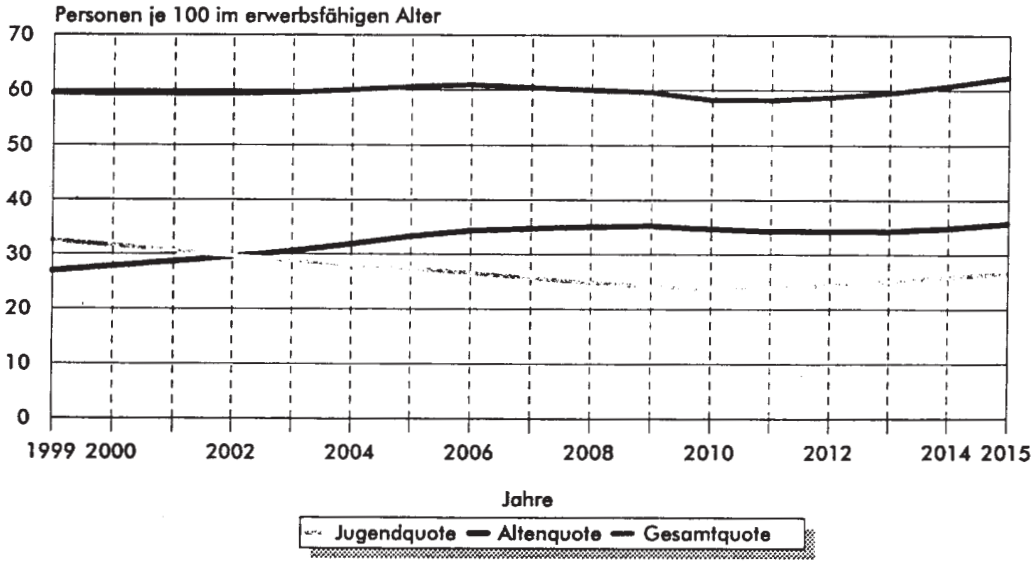


Quelle:
Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; 2. Regionalweite Bevölkerungsprognose 1999–2015

Vorausberechnung der Bevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter



Jugend- und Altenquote Sachsen-Anhalts von 1999 bis 2015



Quelle:
Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; 2. Regionalweite Bevölkerungsprognose 1999–2015

von Abtreppungen oder Umwandlungen zu Reihenhäusern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass kurzfristige Abrissmaßnahmen die Wohnqualität einzelner Innenhöfe erhöhen werden bzw. der weiteren Qualifizierung des „Zentralen Grünzuges“ dienlich sind.

Der kurz- bis mittelfristige Rückbau einzelner Scheiben und Mäander wird durch Umwandlung in Reihenhäusern ebenso wie die geplanten bzw. laufenden Maßnahmen der „sozialen Stadt“ (Stadtteilmanagement, Bürgerbeteiligungsprozesse „Planning for real“, Integrationsprogramm Rolle 23 etc.) der drohenden Segregation entgegenwirken.

Aussagen zur Demographischen Entwicklung

Die demographischen Entwicklungen bezüglich des Landes Sachsen - Anhalt und der Landeshauptstadt Magdeburg wirken sich derzeitig bzw. zukünftig auf die Wanderungsprozesse und Segregationstendenzen im Stadtteil Neustädter Feld und damit nachhaltig auf die Lebenssituation und die Gestaltung der Umfeldbedingungen für Kinder und Jugendliche aus.

Das Wanderungsverhalten wird für Sachsen – Anhalt wie folgt prognostiziert: Bis 2010 sollen sich die Zu- und Fortzüge im Bundesland Sachsen – Anhalt und 2016 die Zu- und Fortzüge des Bundeslandes Sachsen-Anhalt auf Bundesebene etwa ausgeglichen haben. Wanderungsgewinne werden bis 2050 in Sachsen-Anhalt aus dem Zuzug ausländischer Wohnbevölkerung in einer Größenordnung von 100.000 bis 200.000 Einwohner/innen erwartet.

Prognostiziert wird weiterhin, dass der Zustrom von Spätaussiedler/innen für den Zeitraum bis 2040 stark abnehmen und danach entfallen wird.

Kurzcharakteristik der demographischen Entwicklung für Landeshauptstadt Magdeburg

Abwanderung / Bevölkerungsverlust

Von 2000 bis 20015 werden 68.000 Zuzüge und 79.000 Fortzüge erwartet.

Jahr	1990	1999	2001	2015
Bewohner/innen	279 000	235 000	231 000	200 000

Zur Bestimmung der Bewohner/innenzahl wurden folgende Entwicklungen prognostiziert.

- Verhältnis Geburtendefizit / Wanderungsverlust 2/3 zu 1/3
- Geburtenrate bis 2005: 1400 Geburten auf 1000 Frauen (dies entspricht dem Bundesschnitt von1995), danach Stagnation bis 2050 (zum Erhalt der Bevölkerungszahl wären 2100 Geburten auf 1000 Frauen nötig)
- 2000 bis 2015 : 27.000 Geburten / 50.000 Gestorbene / Zuzüge 68.000 / Fortzüge 79.000
- gebärfähige Frauen
  1999: 47 000; 2015: 33 000

Jugend- und Altenquote

Erwartet werden folgende Entwicklungen:

	1999	2015
Zunahme der Lebenserwartung um 4 Jahre Männer Frauen	 74,4 Jahre 80,5 Jahre	 78,1 Jahre 84,5 Jahre
Anzahl der 0 bis unter 20 Jährigen	44 000	33 000
Jugendquote	29,1 %	27,3 %
Altenquote	26,4 %	29,3 %

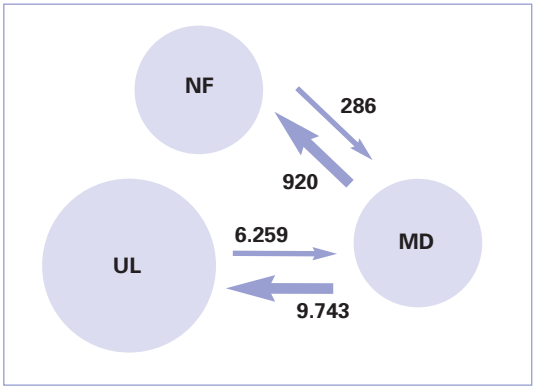
Kurzcharakteristik der demographischen Entwicklung für den Magdeburger Stadtteil Neustädter-Feld

Altersstruktur 1999

Altersgruppe	Bewohner-/innen	davon Ausländer/innen	Ausländer/innen in Prozent
0 – 6	489	37	7,6%
7 – 17	1.573	66	4,2%
18 – 44	5.240	158	3,0%
45 – 64	4.216	46	1,0%
ab 65	1.798	8	0,5%
Gesamt	3.316	315	2,4%

- Zu verzeichnen ist eine hohe Fluktuation der Bewohner/innen des Stadtteils. Die Bevölkerungsabwanderung betrug von 1997 bis 1999 18, 2 % und im Jahr 2000 7,7 % (853 Bewohner/-innen).
- Dies führt zu dem oben genannten Wohnungsleerstand
- Die Entwicklungen kumulieren zu einer „demographische Welle“

Wanderungsbewegung 1999
NF - Neustädter Feld
MD - Magdeburg
UL - Umland



Handlungsstrategien der Jugendhilfe

Jugendhilfe in Magdeburg folgt seit 1997 in Orientierung auf die Inhalte der Förderprogramms Soziale Stadt Handlungsstrategien, die sich auf :

(1) die Orientierung am/im sozialen Raum;
(2) die verstärkte interne /externe Vernetzung bezüglich des Erkennens der infrastrukturellen Handlungsanforderungen für die Gestaltung der Jugendhilfe im Rahmen der Jugendhilfeplanung;
(3) die Vermeidung bzw. den Ausgleich infrastruktureller Benachteiligungen von jungen Menschen und deren Familien;
(4) die Dezentralisierung bezüglich der Gestaltung zukunftsfähiger, lebenslagenorientierter Handlungsstrukturen und Hilfe-Settings der Jugendhilfe;
(5) die Unterstützung stadtteilorientierter Formen der Selbstorganisation von jungen Menschen und deren Familien (auch unter generationsübergreifendem Aspekt);
(6) die Einbindung der Sozialarbeiter/-innen der dezentral orientierten Organisationseinheiten der Jugendhilfe in Stadtentwicklungsprozesse beziehen.

Im Handlungsrahmen infrastuktureller Veränderungen bei Stadtentwicklungsprozessen wurden im Stadtgebiet Neustädter Feld Projekte umgesetzt, die die Informations- und Entscheidungsgrundlagen objektivieren halfen (Haushaltsbefragung, Schülerbefragung, kontinuierliche Einbeziehung der „Arbeitsgruppe zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit im Neustädter Feld"; Beteiligungs-Projekte Kindern, Jugendlichen etc. siehe Übersicht „Projekte und Programme im Neustädter Feld"). Außerdem sind „Soziale Projekte" ohne infrastrukturelle Auswirkungen durchgeführt worden, die der Programmatik des Programms E&C folgen.

Projekte und Maßnahmen im Neustädter Feld im Rahmen der Städtebauförderprogramme

Das Neustädter Feld befindet sich in drei Förderprogrammen:

(1) Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf– die soziale Stadt
(2) Städtebauliche Erneuerung und Weiterentwicklung in großen Wohngebieten– Wuf
(3) Gewährung von Zuwendungen zur Modernisierung und Instandsetzung von vermietetem oder vermietbarem Wohnraum- Wohnen 2000/ Wohnen 2001.

Innerhalb dieser Förderprogramme wurden eine Reihe von Projekten im Stadtteil initiiert. Die Projektliste bezieht sich auf die unter 1. und 2. genannten Förderprogramme

Projektname	Projektstand
1. Stadtteil management	Als ABM umgesetzt
2. Haushalts befragung	Abgeschlossen/ Wie derholung geplant
3. Entwicklung des Geländes Fort VI zu einem Freizeit-, Kultur- und Ausbildungspark	Vorbereitung
4. Zentrumsgestal- - tung H.-Bruse-Platz	Umsetzumg bis 2003
5. „Zentraler Grünzug" Bereiche in Richtung Fort VI und Magdeburger Ring	Umsetzung ab 2004
6. „Planning for real" für einzelne BA	Ab 2001
7. „Bürgeraktivierende" Befragung	2001
8. Ausbau Dach KJFE- Bauarbeiter	Läuft bereits/ Umsetzung 2001
9. Bordstein-absenkungen	Läuft bereits/ Umsetzung 2001
10. Schulhofkomplex Othrichstraße	Läuft bereits/ Umsetzung ab 2001
11. Sanierung Sporthalle Kritzmannstr. u. Freiraumgestaltung	Ausführung 2004/5
12. Ausbildungs-gaststätte	Ausführung 2003
13. Informelle Jugend- und Freizeitangebote (Jugendhütten/ Spielplätze / Halfpipe)	z.T. abgeschlossen
14. Geh- und Radwegesanierungen	Ab 2001
15. Kunstwerk	Ab 2004
16. Gestaltung Aussenfläche EKZ Crucigerstr.	abgeschlossen

Weitere Maßnahmen, die nicht federführend vom Stadtplanungsamt initiiert werden:

Projekte	Projektstand
A. Stadtteilzeitung	seit 2001
B. Schuldnerberatung	Planung
C. Rolle 23	seit 1999
D. Fahrradwerkstatt	Planung
E. Projekt Suppenküche	Planung
F. Projekt Saftladen	Planung
G. Graphische Medienwerkstatt	Planung

Die Auflistung ist nicht abschließend und kann sich inhaltlich ändern. Stand: 9/01

Folgende Maßnahmen und Projekten im Rahmen der Städtebauförderprogramme sind für Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement und Verbesserung der Lebenswelt von Jugendlichen im Stadtteil von besonderer Bedeutung.

Projekt 1: Stadtteilmanagement

Das Stadtteilmanagement Neustädter Feld ist aus der im Stadtteil vorhandenen Bürgerinitiative hervorgegangen, konkret ist eine Mitarbeiterin der Bürgerinitiative nun eine der zwei Stadtteilmanagerinnen. Der Vorteil lag darin, dass sich diese Mitarbeiterin im Stadtteil gut auskannte und schon über eine ganze Reihe von Kontakten verfügte.

Nachteile bestanden in schon vorhandenen Vorbehalten gegenüber bestimmten Personen der Verwaltung bzw. lokaler Akteure, was sich im Laufe der Zusammenarbeit im Stadtteil negativ ausgewirkt hat. (Mangelnder Wille zur Zusammenarbeit).

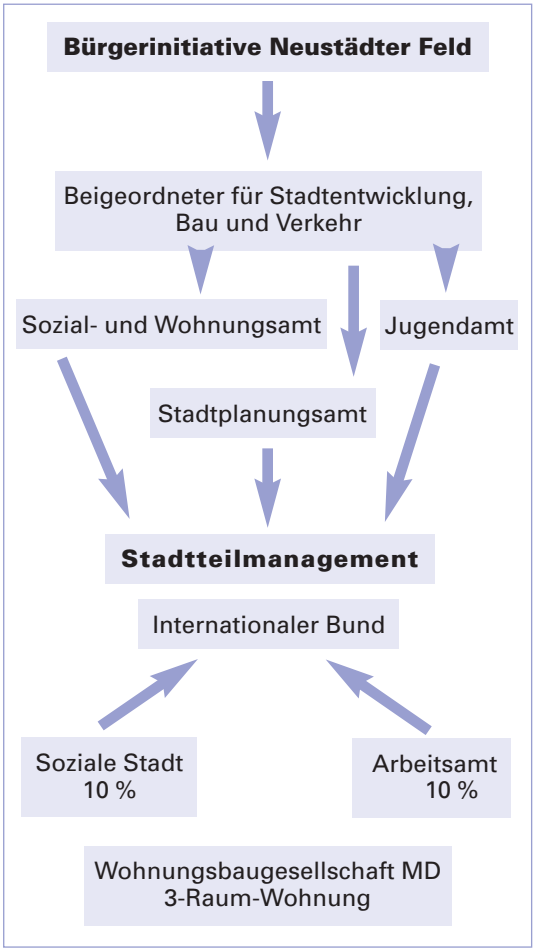
Hier nun die wichtigsten Aufgaben des Stadtteilmanagements

(bestehend aus zwei ABM-Kräften)

Neben den wichtigen Aufgaben, wie stärkere Einbeziehung der Bürger und Bürgerinnen in Entscheidungen der Stadtteilentwicklung und Beteiligung an Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung (planning for real), gibt es klar abgegrenzte Aufgabenschwerpunkte, die wie folgt aufgelistet sind aber unterschiedliche Entwicklungsstadien aufweisen:

- Inhaltliche Vorbereitung des „Wegweisers“ bis zur Druckreife in Kooperation mit der Fachhochschule Magdeburg- Stendal
- Vorbereitung, Organisation und Koordination des Stadtteilfestes
- Vorbereitung der Sitzungen der Gemeinwesenarbeit, Nachbereitung, Protokollführung und Moderation (ist noch in der Überleitungsphase vom Jugendamt hin zum Stadtteilmanagement)
- Vorbereitung kleinerer themenspezifischer Arbeitsgruppen, Protokollierung, Koordination und Weiterführung
- Themenbezogene Bürgerinformationsabende (Koordination, Organisation, Protokollierung)
- Organisation eines „Stammtisches der Gewerbetreibenden“ (in Planung)
- Akquirierung von Vereinen, die noch nicht im Stadtteil vorhanden sind
- Zuarbeit zur Gestaltung einer Stadtteilchronik Neustädter Feld in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Magdeburg-Stendal

Struktur des Stadtteilmanagements im Stadtteil Neustädter Feld Landeshauptstadt Magdeburg
Projekt 6: Planning for real



Das Programm Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf- die soziale Stadt gibt die Möglichkeit Projekte in nicht nur konventioneller Art umzusetzen; während die Umgestaltung des zentralen Grünzuges im Neustädter Feld über die klassische Vorplanung bis hin zur Genehmigungs- und Ausführungsplanung zur Realisierung führt, wird über die Methode Planning for real beabsichtigt, einzelne dieser Bauabschnitte vertiefend in Form von Bürgerbeteiligungsprozessen in der Phase der Entwurfsplanung zu untersuchen. Hierzu werden externe unabhängige Planungsbüros beauftragt umsetzungsorientierte Beteiligungs-

prozesse durchzuführen.
Dabei werden folgende Ziele verfolgt:

- Bürgeraktivierung
- Integration von Bürgerwünschen in die Planung
- Bessere Identifikation und Akzeptanz mit der Neugestaltung
- Bürgernähe und Mitbestimmung

Diese Methode wurde erstmals am 2. Bauabschnitt Zentralen Grünzuges durchgeführt. Das beauftragte Büro führte dazu mehrere Aktionstage durch, bei denen ein von Schülern der Sekundarschule im Neustädter Feld gebautes Modell, die Grundlage der Diskussion bildete.

Anschließend fand ein Schülerworkshop, ein Erwachsenenworkshop und eine Bürgerversammlung statt.

Die Ergebnisse wurden dokumentiert und dem für die Umsetzung der Freianlage verantwortlichen Planungsbüro übergeben. Ein Teil der realistischen und umsetzungsfähigen Ideen und Vorstellungen wurden in der Planung berücksichtigt und werden bei der Umgestaltung der Freianlage zum Tragen kommen.

Projekt 8: Ausbau des Dachgeschosses des KJKE-Bauarbeiter

Bei der Erarbeitung des Stadtteilentwicklungskonzeptes fiel auf, dass nicht nur die Qualifizierung bestehender Spiel- und Freizeitanlagen von Bedeutung ist, sondern auch ergänzende Angebote spezieller Art notwendig sind. Dazu zählen neben Angeboten in Außenbereichen, wie Skateranlagen, auch interne auf Jugendclubs bezogene Angebote.

Das Jugendamt machte in dem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass gerade die sog. Lückekinder, Kinder im Alter zwischen 10 und 14 Jahren in Clubs keine Rückzugsmöglichkeiten finden. In dem Jugendclub „Bauarbeiter" gab es einen nicht ausgebauten Dachboden. Dieser wurde für diese Zielgruppe ausgebaut. Ein zweiter notwendiger Fluchtweg, neue Gaupen und Dachfenster wurden errichtet, so dass angenehme vielfältig und individuell zu gestaltende und zu nutzende Räumlichkeiten geschaffen wurden. Letztendlich besteht der Jugendclub aus einem Kellergeschoss, zwei Vollgeschossen und dem neu ausgebauten Dachgeschoss.

Das Angebot ist nun für alle Altersgruppen befriedigend in einem einzigen Haus gesichert. Die Lage direkt am Magdeburger Ring ist darüber hinaus für lärmintensive Veranstaltungen von Vorteil.

Zusammenfassende Thesen

These 1

Zukunftsgerichtete, sozial ausgewogene Stadtentwicklung in Kommunen mit Bevölkerungsrückgang, zunehmendem Altersdurchschnitt der Bevölkerung, gekoppelt an einen erhöhten Wohnungsleerstand wird nur auf der Grundlage langfristig angelegter Stadtentwicklungskonzepte, die eine ganzheitliche Problemsicht aufnehmen und als wesentliche Grundlage zur Steuerung stadtplanerischer als auch sozialer (jugendhilferelevanter) stadtteilorientierter Entwicklungsprozesse anerkannt werden, gelingen.

These 2

Die bisherigen städtebaulichen Fördermechanismen werden dem Anspruch einer ausgewogenen Verzahnung mit unterschiedlichsten Fördermechanismen anderer Förderbereiche für eine stadtteilorientierte Stadtentwicklung nicht ausreichend gerecht.

These 3

Jugendhilfeplanung als das zentrale, politisch-strategische Steuerungs- bzw. Managementinstrument in der Jugendhilfe hat den Anspruch integrativer Stadtentwicklungs- und Sozialplanung im Rahmen der Vernetzungs-, Kooperations- und Beteiligungsformen mit der Ausrichtung auf die gesamtstädtische Entwicklung aufzunehmen, um die Gestaltung einer kleinräumigen nachhaltig wirkenden, den Lebenserfordernissen von Kindern, Jugendlichen und deren Familien entsprechende Infrastruktur zu ermöglichen.

Prof. Dr. Lothar Stock, HTWK Leipzig

Szenario Soziale Entmischung in unterprivilegierten Stadtteilen. Community Organizing – die Lösung aus Wild West für familienfreundliche Groß- und Kleinstädte?

Einführung

In den Slums von Chicago organisierte Saul D. Alinsky Ende der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts die gewerkschaftlich nicht-organisierten Mitarbeiter der dortigen Schlachthöfe und baute mit ihnen seine erste Bürgerorganisation auf. Ausgehend von dieser „Gewerkschaft der Hinterhöfe" (Back of the yards) entwickelte er das Community Organizing (CO), ein Konzept zum Aufbau machtvoller Bürgerorganisationen. Die ebenfalls von Alinsky gegründete Industrial Area Foundation (IAF) verbreitete die Idee des Community Organizings in weitere Städte der USA, insbesondere an der Ostküste. In anderen Landesteilen entstanden ähnliche regionale und auch überregionale Zusammenschlüsse wie z.B. das Pacific Institute for Community Organizing (PICO). Im Laufe der Jahre entwickelte sich Community Organizing in den Vereinigten Staaten von Amerika so zu einem ernst zu nehmenden Machtfaktor auf der kommunalen Ebene und ist dies bis heute geblieben.

Der nachfolgende Beitrag beschreibt die allgemeinen Prinzipien und Prämissen – weniger die konkrete Herangehensweise – des Community Organizings, das sich nicht auf bestimmte (Problem-)Wohngebiete, (Problem-)Zielgruppen oder (Problem-)Lebenslagen reduzieren lässt, sondern einen umfassenden Beitrag zur Demokratisierug in allen gesellschaftlichen Bereichen leisten will. Ebenso werden die Probleme, eventuell auch Grenzen der Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse erörtert. Die Beantwortung der in der Überschrift formulierten Frage, ob CO „die Lösung aus Wild West für familienfreundliche Groß- und Kleinstädte" ist, bleibt allerdings der Leserin bzw. dem Leser allein vorbehalten.

„Stellen Sie sich einmal vor ...

... Sie sorgen sich um Entwicklungen in Ihrer Stadt oder Ihrer Nachbarschaft, z.B. über die drohende Arbeitslosigkeit vieler Menschen, Drogenprobleme an der Schule Ihrer Kinder, Armut und zunehmende Gewaltbereitschaft,

... zu einer Bürgerversammlung zu diesem Thema kommen nicht nur 20, sondern 300 Bürgerinnen und Bürger,

... die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft treffen mit den Bürgerinnen und Bürgern konkrete Absprachen, welches Anliegen bis wann und wie gelöst werden soll.

Und stellen Sie sich weiter vor ...

... die Veranstaltung war kein einmaliges Strohfeuer, sondern Teil einer langfristig und gut geplanten Kampagne,

... diese Arbeit wird getragen von einem breiten Bündnis von Kirchengemeinden und anderen Gruppen,

... diese haben sich nicht nur zu einem Thema zusammen gefunden, sondern arbeiten gemeinsam am Aufbau einer kontinuierlichen und ständigen Bürgerbeteiligung,

... diese Arbeit ist unabhängig und wird durch Eigenbeiträge und Spenden finanziert.

Neue Gestaltungsmöglichkeiten für die aktive Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern am öffentlichen Leben entstehen. Bürgerinnen und Bürger überwinden Apathie und Rückzug und entwickeln neues Selbstvertrauen.

Schwer vorstellbar? In den USA ist eine solche Arbeit in vielen Städten seit 50 Jahren erfolgreich – Community Organizing."

Zugegeben, Berlin-Kreuzberg, Frankfurt-Bonames oder der Leipziger Osten sind nicht die Bronx, aber auch in diesen Stadtteilen finden wir eine Konzentration von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, die in der Regel über geringe finanzielle Ressourcen verfügen. Als Folge dieser geringen Kaufkraft wandern auch in diesen Stadtteilen Banken, Fachgeschäfte und der Einzelhandel ab; Billigläden und Discounter bestimmen zunehmend das Bild. Auch vor der sozialen Infrastruktur macht diese Entwicklung nicht halt. Im Leipziger Osten z.B. wurde das letzte noch verbliebene Gymnasium zu Beginn dieses Schuljahres geschlossen. Derartige Prozesse forcieren noch zusätzlich die ohnehin schon vonstatten gehende soziale Entmischung.

Zugegeben, das soziale System der Bundesrepublik unterscheidet sich in mannigfaltiger Hinsicht von dem der USA, aber auch in der BRD gibt es, trotz aller empirischen Befunde zur temporären Armut, einen nicht unerheblichen „Bodensatz" dauerhaft armer und sozial be-

nachteiligter Menschen. Diesen Personen gelingt es nur sehr bedingt, (wenigstens zeitweise) in die höheren Etagen des sozialen Sicherungssystems aufzusteigen und damit an dessen Errungenschaften zu partizipieren. Zudem werden die Leistungen der sozialen Sicherung seit Jahrzehnten kontinuierlich reduziert und statt dessen wird auf die Eigenvorsorge der Menschen gesetzt. Eine verfestigte soziale Ausgrenzung sozial benachteiligter Bevölkerungskreise ist die Folge.

Zugegeben, die BRD-Gesellschaft als Ganzes weist gravierende Unterschiede zu derjenigen der Vereinigten Staaten von Amerika auf, aber der Ruf nach dem eigenverantwortlichen Bürger und damit einhergehend die Forderung nach einem Rückzug des angeblichen „Versorgungsstaates" wird auch in der Bundesrepublik immer lauter. Zunehmender Individualismus und Egozentrismus bei gleichzeitig abnehmender Solidarität mit den Schwachen kennzeichnen heute bereits die Wertevorstellungen breiter Teile der Bevölkerung. Noch problemverschärfend hinzu tritt die in der BRD-Gesellschaft nur äußerst rudimentär ausgeprägte „Spielart" der us-amerikanischen Philanthropie, die zumindest den sich um Besserung ihrer Situation aktiv bemühenden Armen auch etwas vom Reichtum der Wohlhabenden zukommen lässt. Eine weitere Polarisierung zwischen Arm und Reich, zwischen Besitzenden und Habenichtsen – um die Begrifflichkeiten von Saul D. Alinsky hier einmal zu verwenden – ist vorprogrammiert.

Vor diesem Hintergrund ist es nun keineswegs abwägig, nach „Wild West" zu schauen und nach den Möglichkeiten der Übertragbarkeit der Ansätze sowie der Prämissen von Community Organizing auf die bundesrepublikanischen Verhältnisse zu fragen.

Was ist Community Organizing ?

„Tue nie etwas für andere, was diese auch selbst tuen könnten!" lautet die von Alinsky formulierte „eiserne Regel" im CO, mit der er sich seinerseits radikal abgrenzte gegen das „settlement movement" rund um die Nobelpreisträgerin Jane Addams und das von ihr geleitete Chicagoer Hull House, einer der Geburtsstätten der Gemeinwesenarbeit, sowie gegenüber sozialarbeiterischen Helfersyndromen im allgemeinen. An die Stelle professioneller Bevormundungen und sozialstaatlicher, letztlich aber auch entmündigender Fürsorge setzt Community Organizing auf die Prinzipien von Selbstbestimmung, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität. Oder allgemeiner: Im Kräftespiel gegenüber der scheinbaren Allmacht von Staat und Wirtschaft setzt CO auf die demokratische Macht der Bürgerinnen und Bürger, die sich organisieren und so handlungs- und durchsetzungsfähig werden. Power oder Macht definiert Community Organizing dabei als die Fähigkeit zum Handeln, und diese Macht wird den Bürgerinnen und Bürgern im lokalen Nahraum niemals in den Schoß gelegt, sondern sie muss erstritten werden - durch den Aufbau eigenständiger und machtvoller Bürgerorganisationen. CO versteht sich in diesem Sinne zugleich als politische Bildung und politisches Handeln, letzteres als Einmischung in die örtliche Kommunalpolitik.

Community Organizing zeichnet sich aus durch:

- den Aufbau einer Kultur tragfähiger öffentlicher Beziehungen (getragen von Transparenz, gegenseitigem Respekt und einem beidseitigen Austauschverhältnis als Grundlage für die Vertraulichkeit in der Zusammenarbeit aller Beteiligten),
- das Herausfinden von Eigeninteressen der Bürgerinnen und Bürger als Triebfeder für jedwedes Handeln, das Aushandeln gemeinsamer Interessen (z.B. die Sorge um die Zukunft oder Sicherheit der Kinder) sowie das Organisieren von gemeinschaftlichem und strategischem Handeln (die beiden Gegenpole bezüglich der Eigeninteressen sind Selbstsucht, d.h. das Negieren der Eigeninteressen Anderer, einerseits und Selbstlosigkeit auf der anderen Seite, denn wer sich seiner eigenen Interessen nicht bewusst ist, der entscheidet sich für die „Opferrolle"),
- das Aufgreifen sowie das öffentliche und produktive Austragen von Konflikten (dabei geht es mitnichten um eher symbolische Aktionen, sondern um ganz konkrete Lösungen für aktuell bestehende Probleme),
- den professionellen Aufbau von lebendigen und machtvollen Organisationen und Koalitionen auf breiter Basis (erst dieser Gegensatz zur oft an zu treffenden engen Zielgruppenorientierung auch in der Gemeinwesenarbeit und dem Ein-Punkt-Charakter vieler Bürgerinitiativen macht CO zu einem ernst zu nehmenden Verhandlungspartner in der Kommunalpolitik)
- das Vertrauen in die Fähigkeiten der Menschen, ihre Lebensbedingungen selbst zu gestalten (entscheidend ist hier aber nicht nur dieses Menschenbild, das sich von der sozialarbeiterischen Klientelisierung, der „erlernten Hilflosigkeit", diametral unterscheidet, sondern auch der veränderte Zugang zu den Bewohnerinnen und Bewohnern im Gemeinwesen; an erster Stelle stehen die Menschen und erst an zweiter die Probleme).

Anknüpfend an gerade diesen letzten Aspekt fasst Larry B. McNeil, ein IAF-Organizer aus Chicago, Community Organizing wie folgt zusammen: „Organisieren ist das aktive Ausgraben der Geschichte eines Menschen, die gemeinsame Untersuchung der Bedeutung der Geschichte und die Gelegenheit für die persönliche und gemeinsame Geschichte einen neuen Schluss zu schreiben." Zentrales Handlungselement im CO sind demnach eine Vielzahl von Einzelgesprächen im Stadtteil, die zunächst die Organizerinnen und Organizer mit den Bürgerinnen und Bürgern führen, im Verlauf des Organizing-Prozesses aber zunehmend von letzteren eigenständig untereinander wahrgenommen werden. Die Organizerinnen und Organizer treten somit Stück für Stück in den Hintergrund und wirken letztlich lediglich als eine Art fachliche Beratung und Begleitung. Den Ausgangspunkt des Organizing-Prozesses bilden meist lokale Kirchengemeinden und deren Pastorinnen bzw. Pastoren. In Bezug auf die Organisationsstruktur zeichnen die nach den Prinzipien von CO aufgebauten Bürgerorganisationen vor allen Dingen die demokratische Entscheidungsfindung, die stete Kontrolle durch die Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner, ihre Finanzierung durch Eigenmittel sowie die Rechenschaftspflicht gegenüber den Mitgliedern aus. Dies alles zusammen verleiht den Bürgerorganisationen eine große Vitalität.

Nochmals zusammengefasst:

- Community Organizing ist mehr als eine Methode, nämlich: das Streben nach demokratischen Gesellschaftsstrukturen.
- Community Organizing stellt permanent die Machtfrage, nämlich: im Sinne einer demokratischen Veränderung.
- Community Organizing ist aber trotzdem immer auch Beziehungsarbeit, nämlich: die Menschen wirklich ernst nehmen, mit allen ihren „Macken" und dort, wo sie jeweils stehen (wenn z.B. in einem Stadtteil nicht die vor sich hinrottende Bausubstanz ganzer Straßenzüge, sondern die überall im Wohngebiet verwahrlost herum stehenden Einkaufswagen eines Supermarktes ein Ärgernis für die Bewohnerinnen und Bewohner darstellen, dann werden eben letztere zum Ausgangspunkt einer gemeinsamen Aktivität).
- Organizerinnen und Organizer sind jedoch keine Helferinnen und Helfer oder gar Therapeutinnen und Therapeuten, sondern: Trainerinnen und Trainer für sich engagierende und organisierende Bürgerinnen und Bürger.
- Community Organizing heißt vor allem strategisches Denken, anstatt: auf vorschnelle Problem„lösungen" zu setzen (hier unterscheidet sich CO erneut diametral von der in vielen Projekten des Quartiersmanagements immer wieder an zu treffenden „Projektitis").
- Community Organizing besteht somit in der Kunst, das Private (Beziehungsarbeit) in das Politische (Aktionen) zu transformieren.
- Community Organizing verbindet schließlich persönliche Entfaltung und Entwicklung der beteiligten Menschen mit institutioneller Erneuerung der involvierten Organisationen sowie mit öffentlichem, demokratischem Handeln. In diesem Sinne wirkt CO insbesondere der sozialen Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen sowie nationalistischem Gedankengut entgegen.

(Grenzen der) Übertragbarkeit

Die Versuche zur Umsetzung von Community Organizing in Deutschland bewegten sich bislang nahezu ausschließlich im sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Rahmen, insbesondere in der Gemeinwesenarbeit. Diese Verortung hatte in der Regel dreierlei zur Konsequenz. Erstens die Einbindung aller Bemühungen zum Aufbau eigenständiger und machtvoller Bürgerorganisationen in die traditionellen Verbände der Wohlfahrtspflege und damit in deren eigenes (kommunal-)politisches Machtgefüge, das möglichst unangetastet bestehen bleiben sollte. Zweitens die hochgradige finanzielle Abhängigkeit von öffentlichen Geldern, insbesondere auch aus dem kommunalen Haushalt (und wer finanziert schon gerne seine eigenen Kritiker!), und drittens die bevorzugte Bereitstellung sozialer Dienstleistungsangebote mit einer damit verbundenen eindeutigen anderen Prioritätensetzung auf Seiten der Professionellen.

Ein zweiter wichtiger Unterscheidungsfaktor zur Situation in den USA ist die in der Bundesrepublik herrschende Oligarchie der Parteifunktionäre auch in der kleinsten kommunalen Einheit (z.B. in den Orts- oder Stadtbezirksbeiräten), die aufkommenden Bürgerprotest sehr schnell in institutionelle Bahnen kanalisiert und somit eine dauerhafte eigenständige Interessenvertretung der Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner verhindert. Hinzu kommen desweiteren eine Reihe von strategischen Unzulänglichkeiten der beteiligten Akteure (z.B. die Fixierung auf eine Ein-Punkt-Bewegung) sowie die eingangs erwähnten unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in der BRD- und in der US-Gesellschaft.

Und es geht doch. Wie das Beispiel aus Düren zeigt, lassen sich auch im Rahmen eher gemeinwesenorientierter und durch öffentliche

Gelder finanzierter Sozialarbeit Strukturen und Prinzipien von Community Organizing in der Bundesrepublik Deutschland umsetzen. Innerhalb nur kurzer Zeit gelang den bei der dortigen Kirchengemeinde angestellten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern der Aufbau mehrerer Interessenvertretungen von Bürgerinnen und Bürgern im Stadtteil. Hierzu bedarf es allerdings einiges an klärenden Rahmenbedingungen:

(1) Einen Träger mit langjähriger, möglichst vor-Ort-Erfahrung in Bürgeraktivierung.
(2) Die organisatorische Eigenständigkeit der den Aufbau von Interessenvertretungen der Bürgerinnen und Bürger unterstützenden Professionellen.
(3) Einen eindeutigen Arbeitsauftrag zu eben diesem Aufbau von Interessenvertretungen im Stadtteil.
(4) Eine klare Trennung gegenüber der von Geldergeberseite oder vom Träger oftmals geforderten Zurverfügungstellung von sozialen Dienstleistungen (dies ist im Quartiersmanagement und den meisten GWA-Projekten eben nicht gegeben!).
(5) Und last not least in diesem Fall, wo die Finanzierung der Arbeit nicht eigenständig, sondern über Förderrichtlinien der Kommune und des Landes erfolgt, ein (kommunal-)politischer Wille zur Bürgeraktivierung sowie die damit verbundene Bereitschaft, die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Interessenvertretungen als ernst zu nehmender Verhandlungspartner auf der lokalen Ebene zu akzeptieren.

Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der mit der Aktivierungsarbeit möglicherweise losgetretenen Entwicklungen im Stadtteil zahlt sich eine derartige kommunale Konfliktbereitschaft mit Sicherheit mehr aus, als alle kurzfristig über irgendwelche fremdbestimmten Projektgelder initiierten Einzelmaßnahmen.
In diesem Sinne: „You can't organize what you can't imagine!"

Literaturhinweise:

Alinsky, Saul D. (1999): Anleitung zum Mächtigsein. Ausgewählte Schriften. Göttingen: Lamuv
Berger, T. u.a. (2000): Gemeinwesenarbeit in Düren. GWA als Organisationsberatung. In: FORUM sozial. DBSH 2/2000
Forum für Community Organizing (Hg.) (o.J.): Forward to the roots. Bonn: Stiftung Mitarbeit
Mohrlok, M. u.a. (1993): Let's organize. Gemeinwesenarbeit und Community Organizing im Vergleich. München: AG SPAG

Reinhard Fischer, L. I. S. T. GmbH Berlin

Szenario ethnischer Segregation – Jung-Istanbul im Kiez ?

Schriftliche Fassung eines Vortrags, gehalten im Rahmen eines Expertengesprächs zum Thema: „Demographische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten/Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf", am 18.09.2001 in Berlin

Ethnische Segregation

In den meisten Großstädten ist soziale und ethnische Segregation in unterschiedlichen Ausmaßen zu beobachten. Die negativen Auswirkungen sozialer Segregation für die Stadtteile, die überwiegend von sozial benachteiligten Menschen bewohnt werden, sind allgemein anerkannt. Die Beurteilung ethnischer Segregation ist nicht eindeutig. Während es durchaus Stimmen gibt, die positive Aspekte betonen (China-Town und Little Italy in US Amerikanischen Städten sind pittoresk und bunt – also ist es auch Neu-Istanbul bei uns) und auf die „Binnenintegration" und die dichten „ethnischen Netzwerke" verweisen, verweisen negative Beurteilungen ethnischer Segregation auf die schwierige Aufgabe von Kitas und Schulen in den mehr als 80 % der Kinder nicht-deutscher Herkunftssprache sind und sprechen von Ghettoisierung.

In diesem Beitrag sollen die Auswirkungen dieser Segregation auf Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Quartiersmanagement-Gebietes Soldiner Straße in Berlin-Wedding aufgezeigt werden.

Das Gebiet Soldiner Straße

Das Gebiet um die Soldiner Straße ist ein dicht bebautes Altbaugebiet am nördlichen Rand der Berliner Innenstadt. Bis zum Fall der Mauer lag es ganz am Rande West Berlins. Neben gründerzeitlichen Altbaubestand mit bis zu drei Hinterhöfen sind einzelne Baulücken mit Neubaublöcken des Sozialen Wohnungsbaus der 70er und 80er Jahre geschlossen. Es ist ein typisches Arbeiterwohngebiet, das durch den Strukturwandel und das Wegfallen industrieller Arbeitsplätze besonders betroffen wurde. Die Arbeitslosigkeit dürfte in diesem Gebiet noch über dem Weddinger Durchschnitt von 21 % liegen. 18,9 % der Bewohner im Sozialraum Soldiner Straße (der größer ist als das Quartiersmanagement-Gebiet) bezogen Ende 1998 Sozialhilfe. Ausländische Bewohner sind dabei aufgrund ihrer im Durchschnitt niedrigeren beruflichen Qualifikation, sowohl unter den Arbeitslosen, als auch unter den Sozialhilfebeziehenden überproportional vertreten.

37 % der 13.000 Bewohner im Gebiet sind Ausländer. Dieser Anteil blieb in den letzen Jahren weitgehend konstant, da sich die Zahl der Einbürgerungen und die Zahl der zugezogenen Ausländer etwa die Waage halten. Unter den ausländischen Bewohnern stellen türkische Staatsbürger mit 22 % der gesamten Gebietsbevölkerung die größte Gruppe. Bewohner arabischer Herkunft, die statistisch schwerer zu erfassen sind, da sie teilweise als staatenlos geführt werden, stellen die zweitgrößte Gruppe, die in den letzten Jahren im Gebiet gewachsen ist.

Bei der Altersgruppe der 0-18jährigen sank der Anteil der Ausländer von 48 % im Jahr 1998 auf 45 % im Jahr 2000, da verstärkt die Einbürgerungsmöglichkeiten für Kinder genutzt wurden. In den Schulen und Kitas des Gebietes liegt der Anteil der Kinder nicht deutscher Herkunftssprache bei 70 bis 85 %, was dazu führt, dass Sprachförderung eine wesentliche Aufgabe der Einrichtungen ist. Kinder türkischer Herkunft stellen bis zu 60 % der Kinder in den Klassen und Gruppen.

Betrachtet man das Gebiet detailliert, stellt man fest, dass der Ausländeranteile in einzelnen Blöcken von 23 % (im Norden des Gebiets an der Wollankstraße) bis 55 % (im Süden an der Soldiner und Koloniestraße) liegt. Noch kleinräumiger zeigt ein Blick auf die Klingelschilder, dass es zunehmend Häuser gibt, die überwiegend oder ausschließlich von einer ethnischen Gruppe bewohnt werden. Wir haben es also mit einer sehr kleinräumigen ethnischen Segregation zutun. Eine (zugegebener Maßen subjektive) Betrachtung des Freizeitverhaltens zeigt, dass sowohl die Erwachsenen, als auch die Kinder und Jugendlichen die Freizeit überwiegend mit Angehörigen der eigenen ethnischen Gruppe verbringen. So wird ein Jugendzentrum ausschließlich von türkisch-stämmigen Jugendlichen, eines überwiegend von arabischen Jugendlichen besucht.

Die Gewerbestruktur ist überwiegend von kleinen Einzelhandelsgeschäften geprägt. Die geringe Kaufkraft der Bewohner und die Konkurrenz durch das nahe gelegene Einkaufszentrum am Gesundbrunnen führen zu Umsatzrückgängen dieser Betriebe. Gewerbetreibende ausländischer Herkunft sind vor allem in den Branchen Lebensmitteleinzelhandel, Gastronomie im unteren Preissegment und Bäckereien vertreten. Diese Branchen weisen eine erhebliche Fluktuation auf.

Eine weitere Charakteristik des Gebiets ist die starke religiöse Bindung vieler Familien türkischer und arabischer Herkunft. Neben drei christlichen Kirchen gibt es vier Moscheen und eine Koranschule im Gebiet. Das Gebiet ist also von sozialer und ethnischer Segregation geprägt.

Im folgenden sollen drei Thesen zur Auswirkung ethnischer Segregation auf die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen im Gebiet aufgestellt und kurz erläutert werden.

1. Spracherwerb

Hauptproblem ethnische Segregation ist der erschwerte Erwerb der deutschen Sprache für Kinder und Jugendliche.

Die Ergebnisse der Sprachstandserhebung der Erstklässler im Bezirk Wedding im Jahr 2000 stellten bei 70% der Kinder einen Förderbedarf fest. Trotz der erheblichen Anstrengungen, die mit DAZ (Deutsch als Zweitsprache) Stunden im Grundschulbereich unternommen werden, ist für viele Kinder die Schulzeit geprägt vom Aufholen von Defiziten.

Staatliche Mittel zur Sprachförderung müssen verstärkt in den Kita- und Vorschulbereich fließen.

2. Arbeitsmarkt

„Ethnisches Gewerbe" oder „ethnische Netzwerke" können für die Mehrheit der Jugendlichen keine Perspektive für die Integration in den Arbeitsmarkt bieten.

Das Thema „ethnisches Gewerbe" ist in den letzten Jahren von Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern untersucht worden. In einigen Untersuchungen wird auf das Potential zur Arbeits- und Ausbildungsplatzakquise verwiesen. Im Gebiet Soldiner Straße ist dieses Potential sehr gering, da die Betriebe oft nur als reine Familienbetriebe geführt werden und wenig Potential zur Schaffung von „formalen" Arbeitsplätzen bieten.

Jugendliche nicht deutscher Herkunft brauchen besondere Unterstützung bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

3. Religiöse Segregation

Im Gebiet Soldiner Straße besteht die Gefahr, dass sich ethnische Segregation als „religiöse Segregation" (Muslime vs. Mehrheitsgesellschaft) verfestigt.

Viele Bewohner türkischer und arabischer Herkunft fühlen sich (und dies verstärkt durch die öffentlichen Reaktionen auf die Anschläge des 11. September 2001) aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur islamischen Religion diskriminiert. Auch die, die gute Deutschkenntnisse haben und deutsche Staatsbürger geworden sind fühlen sich nicht akzeptiert.

Ziel muß es sein, dass Integration in die hiesige Gesellschaft und muslimische Identität sowohl von den Muslimen, als auch von der Mehrheitsgesellschaft als miteinander vereinbar wahrgenommen werden.

Ein Weg dahin könnten Kooperationen von Moscheevereinen und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft sein. Z.B. könnten Deutschkurse der Volkshochschulen in Moscheen stattfinden.

Teilnehmer/innen

Nr	Name	Vorname	Einrichtung	Straße	PLZ	Ort	Tel.	Email
1	Ardalan	Kamran	Landeshauptstadt Magdeburg Stadtplanungsamt	An der Steinkuhle 6	39128	Magdeburg	0391-5405366	
2	Brocke	Hartmut	Stiftung SPI Sozialpädagogisches Institut Direktor	Müllerstraße 74	13349	Berlin	030-45979333	info@stiftung-spi.de
3	Fischer	Reinhard	L. I. S. T. GmbH Quartiersmanagement Soldiner Str.	Langhansstr. 74 B	13086	Berlin	030-49912541	rfischer@list-gmbh.de
4	Gottschalk	Dr. Ingo	Stadt Magdeburg Jugendamt Jugendhilfeplanung	Kroatenwuhne 2	39116	Magdeburg	0391-5403104	gottschalk@jga.magdeburg.de
5	Hemme	Andreas	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	030-45798624	hemme@eundc.de
6	Herden	Dr. Rose-Elisabeth	Humboldt-Universität Berlin	Kniprodestr. 110	10407	Berlin	030-4238642	rose-elisabeth.herden@rz.hu-berlin.de
7	Jaruschek	Gerhard	Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Jugendamt		10247		030-23242331	
8	Kahle	Sylvia	KonTOR, Quartiersmanagement Kottbusser Tor, Stiftung SPI	Reichenberger Str. 177	10999	Berlin	030-6123040	spi-qm-kottbusser-tor@t-online.de
9	Krumm	Wolfgang	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Ref. IV B "Soziale Stadt"	Württembergische Str. 6	10707	Berlin	030-90124763	wolfgang.krumm@senstadt.verwalt-berlin.de
10	Kupferschmid	Peter	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Rochusstr. 8-10	53107	Bonn	030-206552883	Peter.Kupferschmid@bmfsfj.bund.de
11	Landua	Kerstin	Verein für Kommunalwissen-schaften Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe	Str. des 17. Juni 112	10623	Berlin	030-39001135	landua@difu.de
12	Murböck	Marion	ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung FB Stadt- und Infrastrukturentwicklung	Deutsche Str. 5	44339	Dortmund	0231-9051192	
13	Vollmann	Karen	Landeshauptstadt Magdeburg Stadtplanungsamt	An der Steinkuhle 6	39128	Magdeburg	0391-5405366	
14	Richter	Birgit	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Invalidenstr. 44	10115	Berlin	030-20087222	Birgit.Richter@bmvbw.bund.de
15	Rösner	Verena	Deutsches Institut für Urbanistik	Straße des 17. Juni 112	10623	Berlin	030-39001	
16	Scheeres	Sandra	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	030-45798625	
17	Schwarz	Rainer	Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51	13347	Berlin	030-45798627	
18	Stock	Prof. Dr. Lothar	Fachhochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur, Leipzig	Hanauer Str. 4	63075	Offenbach	069-866770	
19	Zarsen	Uta	mpr-Unternehmensberatung	Stresemannstr. 128	10117	Berlin	030-20290601	